

**Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz**

Wortprotokoll

der

61. Sitzung

Öffentliche Anhörung

zum Thema

„Waldstrategie“

Berlin, den 08.02.2012, 08:04 bis 10:00 Uhr

Sitzungsort: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1

Sitzungssaal: 3.101

**Vorsitz: Hans-Michael Goldmann, MdB
Sitzungsbegleitung: PSt Peter Bleser**

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Caesar, Cajus
Connemann, Gitta
Gerig, Alois
Heil, Mechthild
Holzenkamp, Franz-Josef
Lehmer, Max, Dr.
Marwitz, Hans-Georg von der
Mortler, Marlene
Poland, Christoph
Rief, Josef
Röring, Johannes
Stauche, Carola
Stier, Dieter

Brehmer, Heike
Göppel, Josef
Landgraf, Katharina
Lietz, Matthias
Ludwig, Daniela
Luther, Michael, Dr.
Riebsamen, Lothar
Schindler, Norbert
Schirmbeck, Georg
Schulte-Drüggelte, Bernhard
Schuster, Armin
Sendker, Reinhold
Vogel, Volkmar

SPD

Brase, Willi
Crone, Petra
Drobinski-Weiß, Elvira
Ortel, Holger
Paula, Heinz
Priesmeier, Wilhelm, Dr.
Schwarzelühr-Sutter, Rita
Tack, Kerstin

Herzog, Gustav
Hiller-Ohm, Gabriele
Kelber, Ulrich
Miersch, Matthias, Dr.
Rawert, Mechthild
Schwanitz, Rolf
Schwartz, Stefan
Volkmer, Marlies, Dr.

FDP

Erdel, Rainer
Geisen, Edmund Peter, Dr.
Goldmann, Hans-Michael
Happach-Kasan, Christel, Dr.
Schweickert, Erik, Dr.

Friedhoff, Paul K.
Haustein, Heinz-Peter
Knopek, Lutz, Dr.
Sänger, Björn
Schäffler, Frank

DIE LINKE.

Binder, Karin
Lay, Caren
Süßmair, Alexander
Tackmann, Kirsten, Dr.

Bulling-Schröter, Eva
Koch, Harald
Lötzer, Ulla
Zimmermann, Sabine

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Behm, Cornelia
Ebner, Harald
Maisch, Nicole
Ostendorff, Friedrich

Höhn, Bärbel
Hoppe, Thilo
Kurth, Undine
Tressel, Markus

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

Bundesrat

Fraktionen und Gruppen

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Waldstrategie

Der Vorsitzende: Ich darf Sie hier ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass Sie trotz der angespannten Wetterlage gut hergekommen sind und eröffne die heutige Anhörung zum Thema Waldstrategie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlich willkommen! Ein besonderer Willkommensgruß gilt den Experten. Von den Sachverständigen sind uns aufgrund unseres Fragekataloges schriftliche Stellungnahmen vorab zur Verfügung gestellt worden. Dafür danke ich Herrn László Maráz vom Forum Umwelt und Entwicklung. Der Stellungnahme haben sich der Deutsche Naturschutzring und der Ökologische Jagdverband angeschlossen. Ich danke dem Deutschen Jagdschutzverband sowie Greenpeace. Als Sachverständige begrüße ich Herrn Philipp Freiherr zu Guttenberg von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, Herrn Professor Dr. Hubert Weiger vom BUND, Herrn Hans Jacobs vom Bund Deutscher Forstleute, Herrn Lars Schmidt vom Bundesverband Säge- und Holzindustrie Deutschland, Herrn Martin Kütke für den Deutschen Forstwirtschaftsrat e.V., Herrn Leitenden Ministerialrat Hubert Kaiser vom Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Und als Einzelsachverständige danke ich Frau Dr. Ute Seeling vom Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik sowie Herrn Dr. Georg Winkel vom Institut für Forst- und Umweltpolitik der Albert-Ludwigs- Universität in Freiburg. Ihnen allen sage ich nochmal herzlich willkommen! Ich begrüße als Vertreter der Bundesregierung Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Peter Bleser mit Herrn Dr. Heyder und Herrn Oberregierungsrat Dirk Alfter sowie die Zuschauer auf der Tribüne. Die Anhörung wird mitgeschnitten. Zur Erleichterung derjenigen, die unter Zuhilfenahme des Mitschnitts das Protokoll erstellen, werden die Sachverständigen vor Abgabe einer Stellungnahme namentlich aufgerufen. Ich bitte Sie, die Mikrofone zu benutzen, und wenn Sie Ihren Redebeitrag beendet haben, dann bitte ich Sie, diese wieder auszuschalten, weil es sonst zu Störungen kommen kann. Die Anhörung wird aufgezeichnet und kann später im Internet auf der Homepage des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz angeschaut werden. Das Ausschussesekretariat unter Leitung von Frau Sekretariatsleiterin Bontjes sorgt da immer für eine sehr schnelle und zügige Bereitstellung. Wir haben ein Zeitfenster von 08:00 bis 10:00 Uhr vorgesehen. Zum Verfahren schlagen wir vor, dass die Sachverständigen kurz, ca. 5 Minuten, ihr Statement abgeben. Es müssen nicht zwingend mehr sein, es können auch weniger sein, weil Sie uns alle erfreulicherweise schon schriftliche Antworten zugesandt haben. Mit 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 mal 5 Minuten sind wir dann zeitlich schon ein ganzes Stück fortgeschritten. Nach den Statements folgt die Fragerunde der Abgeordneten. Da gibt es dann immer für jede Fraktion, beginnend mit der größten, der Reihe nach die Möglichkeit, zwei Fragen zu stellen an bis zu zwei Sachverständige. Auch da bitten wir, wie immer, um zielgerichtete Fragestellungen. Haben alle Fraktionen ihre Fragen gestellt und die Antworten erhalten, dann folgt eine zweite Runde. Wir kriegen das alles miteinander hin. Wenn jetzt über dieses Verfahren Einvernehmen besteht - und ich habe den Eindruck, dass dieses Einvernehmen besteht - dann beginnen wir jetzt mit den kurzen Eingangsstatements. Wie gesagt, nicht mehr als fünf Minuten. Und dabei geht es ganz, von mir aus

gesehen, relativ simpel von links nach rechts. In diesem Fall bitte ich Sie, Herr Philipp Freiherr zu Guttenberg, um Ihr Statement. Danach schreiten wir dann in der Sitzrunde fort. Bitteschön!

Philipp Freiherr zu Guttenberg (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V.):

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten des Bundestages, ich darf mich im Namen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V. sehr herzlich für die Einladung bedanken und für die Gelegenheit, Ihnen die Meinung der zwei Millionen privaten und kommunalen Waldbesitzer zum Thema Waldstrategie erneut mitteilen zu dürfen. Ich versuche mich an die 5 Minuten zu halten. Grundsätzlich begrüßen wir die Waldstrategie der Bundesregierung und die darin aufgegriffenen Punkte. Der Wald ist tatsächlich unsere wichtigste und intelligenteste nachwachsende Ressource in Deutschland und wird für viele unserer brennenden Herausforderungen global oder vor unserer Haustür Lösungen anbieten müssen - ob wir wollen oder nicht. Das wurde in der Strategie auch bestätigt und deshalb haben wir die Strategie. Wir Waldbesitzer in Deutschland können dabei auf eine weltweit einzigartige Erfolgsgeschichte zurückblicken. Auch wenn ich Sie langweile, ich muss es ganz kurz ausführen. Seit 1970 haben wir einen Flächenzuwachs von einer Million Hektar. Wir haben die höchsten Holzvorräte in Europa. In unserer Branche werden 1,3 Millionen Menschen beschäftigt und 170 Milliarden Euro umgesetzt. Das Bundesumweltministerium hat uns in seinem Teilindikatorenbericht zur nationalen Biodiversitätsstrategie auch in diesem Jahr wieder attestiert, dass wir der einzige Lebensraum in Deutschland sind, der die Biodiversitätsziele zu über 80 Prozent bereits erreicht hat. Übrigens nur 80 Prozent, weil Sie uns den Schreiadler als Teilindikator mit auf den Weg gegeben haben. 100 Prozent werden also wahrscheinlich niemals möglich sein. Wir sind auch der einzige Lebensraum seit Jahrzehnten mit einer signifikant positiven Entwicklung. 86 Prozent unserer Wälder sind bereits einem Schutzstatus unterworfen. Unser Wald kann Klima, er kann Energie, er kann Wirtschaft, Arbeitsplätze, Biodiversität, Erholung, Wasserschutz, Landschaft, Tourismus, Leben und vieles, vieles, vieles mehr. Alle diese Gemeinwohlleistungen wurden und werden von uns Waldbesitzern weitgehend umsonst erbracht und haben eine volkswirtschaftliche Rendite, die seinesgleichen sucht. Nur wenn der Wald auch in Zukunft nachhaltig und multifunktional bewirtschaftet wird, kann er seinen unschätzbaren und unbezahlbaren Wert für unsere Gesellschaft erbringen. Sollte unser Wald aber auf nur singuläre Funktionen reduziert werden, handeln wir nicht nur verantwortungslos, sondern können auch die Anforderungen unserer Gesellschaft, unserer Kinder nicht einmal mehr im Ansatz erfüllen. Wald und Waldbesitz in Deutschland ist seit vielen Generationen ein Kulturraum inmitten einer dicht besiedelten Industrienation mit immer steigenden Anforderungen unserer Gesellschaft. Das damit Nutzungskonflikte entstehen, liegt in der Natur der Sache. Die Waldstrategie ist mit dem Anspruch angetreten, vorhandene Konfliktfelder zu lösen. Das erklärte Ziel war, die verschiedenen gesellschaftlichen Ansprüche in Einklang zu bringen. Es wurde aber bedauerlicherweise nicht erreicht, und der Kohärenzgedanke mit anderen vorhandenen Sektorstrategien, insbesondere der nationalen Biodiversitätsstrategie, sachlich nicht gelöst. In Bezug auf letztere fehlte vor allem der Mut, den Forderungen nach einer Trennung der Waldfunktionen - und damit einer Abkehr von dem bewährten und auch gesellschaftspolitisch wichtigen Prinzip der multifunktionalen Nachhaltigkeit - eine klare Absage zu erteilen. Wir Waldbesitzer stellen damit auch weiterhin ausdrücklich klar, dass wir mit der Akzeptanz der Waldstrategie nicht die veralteten und

teilweise kontraproduktiven Ziele der Biodiversitätsstrategie gutheißen und mittragen. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V. stellt sich ebenso vehement gegen eine - wie in der Waldstrategie geforderte - Verpflichtung der kommunalen Waldbesitzer zur Übernahme hoheitlicher Aufgaben. Trotz der angefügten Kritikpunkte erachten die deutschen Waldbesitzer die Ziele der Waldstrategie in erster Linie als positiv und wir werden weiterhin unseren Beitrag zur einer nachhaltigen Gesellschaft leisten. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Wir danken auch und bitten nun Herrn Prof. Dr. Hubert Weiger um seinen Beitrag vom BUND.

Prof. Dr. Hubert Weiger (BUND e. V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten des Deutschen Bundestages, auch ich darf mich sehr herzlich bedanken für die Möglichkeit, im Rahmen dieser Anhörung die Position des verbandlichen Naturschutzes, in diesem Fall vertreten durch den BUND, vortragen zu dürfen. Unbestritten hat der Wald in Deutschland viele Funktionen zu erfüllen. Unbestritten hat es auch in den letzten Jahren Fortschritte gegeben. Wir sehen aber mit großer Sorge, dass unsere Wälder zunehmend unter Druck stehen. Wir sehen eine wachsende Nachfrage nach Holz - was grundsätzlich positiv ist - was aber droht, teilweise zur Übernutzung von Wäldern zu führen - vor allem im Bereich des Entzugs der Biomasse durch die energetische Nutzung von Holz. Wir sehen, dass Erwartungen an den Rohstoff Holz gestellt werden, der aber nicht in der Lage ist, diese alle zu erfüllen. Wir sehen gleichzeitig, dass wir insgesamt mehr denn je Holz verbrauchen, dass allein der Papierverbrauch in Deutschland inzwischen so groß wie in Südamerika und in ganz Afrika zusammen ist, und dass es eine völlige Entproblematisierung des wachsenden Verbrauchs von Holzprodukten gibt nach dem Motto: Holz ist umweltfreundlich. Wir sehen natürlich auch, dass unsere Wälder durch den Klimawandel zunehmend unter Druck geraten, denn die Wälder können sich davon nicht entfernen. Wir sehen auch mit Sorge, dass eine qualifizierte Waldwirtschaft in Deutschland, durch teilweise massive Einsparungen beim Forstpersonal, auf allen Ebenen deutlich erschwert wird. Dies alles in einer Zeit, in der wir wachsende Gemeinwohlanprüche an den Wald haben. Dazu zählt sicherlich auch der Gemeinwohlanpruch durch den Naturschutz. Gerade im Bereich des Waldnaturschutzes gibt es die größten Defizite - bei allen anerkannten Fortschritten. Wir haben nach wie vor den dramatischen Schwund von waldbewohnenden Arten nicht gestoppt. Sie sind auf alte Bäume, auf alte Wälder angewiesen, einschließlich auf die entsprechenden Zerfallsphasen der Waldökosysteme. Vor diesem Hintergrund ist grundsätzlich das Bemühen der Bundesregierung zu begrüßen, über die Waldstrategie insgesamt zu einer Lösung der vielfältigen Ansprüche an den Wald zu kommen und eine entsprechende Antwort darauf zu geben. Was wir kritisieren ist aber, dass in unseren Augen die Waldstrategie 2020 den deutschen Wald einseitig auf seine Nutzfunktion reduziert. Und dass andere - in Zukunft wesentlich wichtigere - Funktionen, wie zum Beispiel die Bereitstellung von sauberem Wasser - ich denke hier nur an die zu erwartende Situation im Bundesland Brandenburg - viel zu wenig beachtet werden. Wir bedauern, dass die Waldstrategie 2020 fast alle Waldfunktionen der Holzproduktion unterordnet, anstatt zu einem ausgewogenen Ausgleich zu kommen. Die Klimaschutzfunktion des Waldes kann maximiert werden. Wir sehen in der geplanten Steigerung der Rohstoffproduktion aber die Gefahr,

dass unsere Wälder zunehmend ihre CO₂- Senkenleistungen verlieren. Wir sehen auch keine Antwort auf die Frage, wie die Bodenfruchtbarkeit in unseren Wäldern erhalten werden soll. Ich darf auf Untersuchungen des Kollegen Göttlein an der TU München hinweisen, der gerade aufgrund der massiven Stickstoffeinträge eindringlich vor den zu erwartenden Mangelsituationen bei anderen zentralen Nährstoffen in unseren Böden warnt. Wir sehen auch keine Lösung, wie die Biodiversitätsstrategie - die Freiherr zu Guttenberg bereits kurz kritisch angesprochen hat - in eine nationale Strategie integriert werden soll. Ich darf darauf verweisen, dass im Unterschied zur Waldstrategie 2020 die Biodiversitätsstrategie Ausfluss der internationalen Verpflichtungen ist, welche dieses Land seit 1992 durch die Unterschrift und die anschließende Ratifizierung der Biodiversitätskonvention eingegangen ist. Das heißt, es geht um die Umsetzung völkerrechtlicher Verpflichtungen, die uns verpflichten, die entsprechenden typischen Waldlebensräume und typischen Tier- und Pflanzenarten und Pilzarten in unseren Wäldern zu sichern. Daher sehen wir durchaus einen erheblichen Diskussionsbedarf in der Frage, inwieweit es überhaupt noch vertretbar ist, Holzzuwächse und Holzernte zu steigern. Ist es nicht notwendiger, entsprechende Vorräte anzuheben, um damit gerade dieses Defizit in unseren Wäldern zu sichern - oder durchzusetzen oder auszugleichen. Bzw. ist es nicht vorrangig notwendig, auch gerade im öffentlichen Wald, entsprechend der Biodiversitätsstrategie des Bundes Flächen stillzulegen? Entsprechend der Biodiversitätsstrategie 5 Prozent der Waldfläche insgesamt - und das heißt dann letztendlich, 10 Prozent der öffentlichen Wälder stillzulegen, um unseren internationalen Verpflichtungen gerecht zu werden. Wie wollen wir von anderen Ländern entsprechendes verlangen, wenn wir im eigenen Lande nicht bereit sind, ansatzweise entsprechendes selbst zu realisieren?

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank! Herr Hans Jacobs, ich bitte um Ihre Stellungnahme vom Bund Deutscher Forstleute!

Hans Jacobs (Bund Deutscher Forstleute): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, auch ich darf mich meinen Vorrednern anschließen und mich herzlich dafür bedanken, dass der Bund Deutscher Forstleute die Gelegenheit hat zur Waldstrategie, schriftlich und heute auch mündlich, Stellung zu nehmen. Der Bund Deutscher Forstleute hat diese Strategie von Anfang an intensiv unterstützt und sich auch durch zwei, Ihnen allen bekannte, umfängliche Stellungnahmen eingebracht. Jede Strategie – das ist unsere Meinung - ist so gut wie ihre Einhängung in andere Strategien und Zielsetzungen der Bundespolitik. Vor allen Dingen so gut wie die faktischen und finanziellen Unterlegungen der geplanten Maßnahmenpakete tatsächlich gegeben sind. Die Erarbeitung der Waldstrategie fügt sich ein in ein seit vielen Jahren währendes zähes Ringen um die vorrangig zu erbringenden Waldfunktionen. In diesem Zusammenhang betrachten wir diese Waldstrategie 2020 als einen - wenn auch richtungsweisenden - Baustein, der seinen Platz in einer politischen Gesamtzielsetzung finden muss, die es allerdings noch zu entwickeln gilt. Für den Bund Deutscher Forstleute steht der Erfolg in der Umsetzung der Waldstrategie 2020 unter folgenden Prämissen und Herausforderungen: 1. Die unumgängliche Abkopplung unserer Energieversorgung von fossilen Energieträgern schafft erhebliche Flächen- und Rohstoffkonkurrenzen, die – seitens der Politik - strategisch zu lösen sind. 2. Biodiversität, andere Schutzziele im Wald und soziale Ziele -

inklusive Erholungsfunktion des Waldes - gewinnen in der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung und verdrängen in der allgemeinen Wahrnehmung zuweilen den Rohstoff Holz in seiner gesamtheitlichen Bedeutung. 3. Die Diskrepanzen zwischen den Naturschutzzielen und –forderungen einerseits, der Maximierung der Rohstoffgewinnung andererseits und der indifferenten Menge an Kleinprivatwaldbesitz und Kommunalwaldbesitz, die von beiden Entwicklungen zunehmend abgekoppelt werden, steigen deutlich an. Das alles passiert vor dem Hintergrund einer aus unserer Sicht völlig offenen Entwicklung unserer Klimabedingungen. Nicht zuletzt ist es so, dass die soziale Komponente in diesem Wettstreit zunehmend geopfert wird. Steigende Anforderungen an den Wald auf der Fläche werden gepaart mit stetig abnehmender Personaldichte - Herr Prof. Weiger hatte eben auch schon darauf hingewiesen - und der nicht vorhandenen Bereitschaft der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung beziehungsweise auf einem Betrieb, die tatsächlichen Zielsetzungen in der Waldbewirtschaftung klar zu formulieren. Wir brauchen, meine Damen und Herren, nicht nur einen Sozialpakt. Was wir für den Wald und, das wissen wir auch seit der Finanzkrise, nicht nur dort brauchen, ist ein umfänglicher Nachhaltigkeitspakt, der alle gesellschaftlichen Anforderungen an den Wald und seine Bewirtschaftung einbezieht. Dazu ist es aber erforderlich, auf allen Seiten aus den lieb gewonnenen Schützengräben herauszutreten und endlich kompromissfähige und wirklich nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Gerade die Verlautbarungen einiger großer Naturschutzorganisationen der letzten Tage zeigen aber, dass es bis zu dieser kompromissfähigen Entscheidung noch ein sehr langer und teilweise steiniger Weg ist. Vielen Dank!

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank! Kommen wir zum Statement des Bundesverbandes Säge- und Holzindustrie Deutschland. Vortragender und Fachmann ist Herr Lars Schmidt. Bitteschön!

Lars Schmidt (Bundesverband Säge- und Holzindustrie Deutschland e. V.): Meine Damen und Herren, auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Möglichkeit, heute für die Unternehmen der Säge- und Holzindustrie Stellung zu nehmen. Aufgrund der knappen Zeit möchte ich direkt zum Punkt kommen. Ich habe eine Power-Point-Präsentation vorbereitet. Ich hoffe, dass es alle sehen können. Die Bildschirme sind relativ klein. Erlauben Sie mir kurz einige einleitende Worte zur allgemeinen Situation. Und dann würde ich gerne schlaglichtartig, ganz kurz und knapp, auf einige Handlungsfelder in der Waldstrategie 2020 zu sprechen kommen. Die Situation in der Säge- und Holzindustrie ist derzeit wenig berauschend. Sie sehen die Kurve, das ist die Ertragslage der letzten Jahre, die deutlich negativ ist. Hintergrund ist, dass sich der Rundholzpreis in Deutschland komplett von dem internationalen Rundholzpreis abgekoppelt hat und wir quasi dieses hohe Preisniveau auf den globalen Schnittholzmärkten nicht mehr umsetzen können. Auslösender Faktor dafür ist auf der einen Seite die Tatsache, dass insbesondere nach der Bundeswaldinventur 2, wo sehr hohe ungenutzte Potentiale letztendlich bekannt wurden, eine enorme Steigerung der Einschnittkapazität in der Holzindustrie stattgefunden hat. Auf der anderen Seite aber in der gleichen Zeit die Rohstoffverfügbarkeit, insbesondere aus Sicht der Nadelholzindustrie, im selben Zeitraum gesunken ist. Wesentliche Faktoren dafür sind auf der einen Seite sicherlich Bewirtschaftungsauflagen, Nutzungsverzicht, der Waldumbau - weg vom Nadelholz in Richtung Laubholz - die uns zu schaffen machen, dazu die Konkurrenz im energetischen Bereich, also die enorme Steigerung der

energetischen Nutzung von Holz, aber auch die Betreuung vom kleinen Privatwald. Also der schon angesprochene Personalabbau in den Landesforsten, der es zunehmend schwieriger macht, insbesondere Holz aus dem Kleinstprivatwald zu mobilisieren. Auch die Zukunftsprognosen sind wenig erfreulich. Sie sehen hier die Studie von Prof. Mantau, die EU WOOD-Studie, Prognose bis ins Jahr 2030 in Europa. Eine Deckungslücke, je nach Szenario bis zu 250 Millionen Festmeter Holz und Biomasse, die auf uns zu kommen wird. Deswegen begrüßen wir ausdrücklich die Waldstrategie 2020, die sich mit dem Thema auseinandersetzt. Auch mit Blick auf eine effizientere Nutzung der Ressource Holz und einer sicherlich auch gesicherten und planbaren Verfügbarkeit, bei der weniger die Diskussion im Vordergrund steht, wie viel Fläche ich zukünftig noch aus der Nutzung nehmen kann. Kurz einige Punkte aus der Waldstrategie, auf die ich eingehen möchte. Es freut uns sehr, dass das Thema Klimaschutz auch Eingang in die Waldstrategie gefunden hat. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass nicht der Speichereffekt von Holz der entscheidende Faktor ist, sondern vor allem der Substitutionseffekt. Also der Ersatz von energieintensiven Baustoffen bei der stofflichen Verwertung in Kombination mit der Einsparung von wertvoller Primärenergie ergibt dann in Summe, mit dem Ersatz von fossilen Energieträgern, 105 Millionen Tonnen CO₂ in Deutschland, die jährlich alleine durch Holznutzung eingespart werden. Das entspricht 13 Prozent der Treibhausgasemissionen. Das Thema Zertifizierung, auch ein wichtiger Punkt der Waldstrategie 2020, ist mittlerweile Standard in den Unternehmen. Mindestens ein Zertifikat, in der Regel eine Doppelzertifizierung. Die Holzindustrie sieht das jetzt aber zunehmend kritisch, da es nicht nur weltweit, sondern vor allem auch in Europa und auf Länderebene, ungleiche Zertifizierungsstandards gibt. Waldzertifizierungsstandards, die den Wettbewerb verzerren, wenn wir mit unseren deutschen Holzprodukten in den globalen Markt eintreten. Aber auch mit Blick auf die energetische Nutzung von Holz gibt es unterschiedliche Nachhaltigkeitsanforderungen. So gibt es meines Wissens ein Zertifikat namens „International Sustainability and Carbon Certification „(ISSC), oder freiwillige Selbsterklärungen, in denen ich annähernd dem entspreche, was beispielsweise das „Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes“ (*die Abkürzung für die englische Bezeichnung lautet PEFC, also "Programm für die Anerkennung von Forstzertifizierungssystemen"*) oder Forest Stewardship Council (FSC) an Auflagen dort sicherstellen. Deswegen sehen wir vor allem mit der EU Timber Regulation, die auf uns zukommt, die Möglichkeit, eine Mindesthürde für Holz zu definieren, was unabhängig vom Zertifikat und von der Herkunft bewerkstelligt werden muss. Diese Hürde - um sie hier in Deutschland in Verkehr zu bringen, fordern wir von den Zertifizierungsorganisationen FSC und PEFC deutlich mehr Transparenz hinsichtlich der Vergleichbarkeit und der Herkunft des Holzes mit Blick auf die unterschiedlichen Standards. Mobilisierung im Privatwald - auch ein wichtiges Thema - wurde schon angesprochen. Wir haben das Problem, dass sich die Landesforstverwaltung zunehmend von der Fläche zurückzieht, wir also die Betreuung auf der Fläche im Kleinstprivatwald verlieren, und entsprechend eine Lücke zwischen dem Kleinstprivatwald und der Industrie auf der anderen Seite entsteht. Gerade aber mit Blick auf die Nadelholzversorgung, auch das ist ein Thema der Waldstrategie, bekommt der Kleinstprivatwald - oder die Mobilisierung bzw. die Betreuung des Kleinstprivatwaldes - zukünftig eine besondere Bedeutung. Sie sehen in der Grafik, dass der Privatwald künftig, im Vergleich, eine deutlich höhere Menge, beispielsweise in öffentlichen Landesflächen, an Nadelholz zur Verfügung stellen wird. Das heißt, wichtig aus unserer Sicht ist,

dass es gelingen muss, die passiven Waldbesitzer zu aktivieren. Aber dann muss man auch dafür sorgen, dass diese Waldbesitzer auch in einer dauerhaften Betreuung entsprechend organisiert werden und dass dort eben auch eine kontinuierliche Waldbewirtschaftung stattfindet. Nadelholzanteil - ich hatte es schon angesprochen - auch ein Handlungsfeld. Waldbau, ein Thema in der Waldstrategie. Wir haben einen traumatischen Rückgang der Nadelholzflächen. Ich plädiere ja ausdrücklich nicht für Fichten-Monokulturen. Mir geht es um einen erträglichen Anteil an Nadelholz in deutschen Wäldern. Allein zwischen der Bundeswaldinventur 2 im Jahr 2002 bis zur Zwischeninventur im Jahr 2008 haben wir in Deutschland 7 Prozent Fläche Fichte in Richtung Laubholz verloren. Dieses Holz fehlt natürlich auf der anderen Seite, denn der überwiegende Teil der Holzprodukte, die wir verwenden, konsumieren, produzieren, basiert auf Nadelholz, welches sich nicht so ohne Weiteres austauschen lässt, so dass man Laubholz, welches wir in größeren Mengen in Zukunft zur Verfügung haben werden, da als Alternative verwenden könnte. Also der Rohstoffmix - künftig vor allem auch das, was der Wald zur Verfügung stellt - ist eine entscheidende Größe. Abschließend noch ein Wort zum Thema Flächenstilllegung: Waldstrategie beschäftigt sich ausdrücklich - das begrüßen wir - mit der effizienten Nutzung von Holz, auch mit Blick beispielsweise auf die energetische Verwertung. Wir fordern, dass diese Diskussion um die Ressourceneffizienz ausdrücklich nicht nur auf den Rohstoff begrenzt bleibt, sondern vor allem auch auf die Fläche bezogen wird. Eine pauschale Forderung nach 5 Prozent, also eine Forderung, die rein politisch begründet ist, hat nichts mit einer effizienten Nutzung von Ressourcen zu tun. Das heißt aus unserer Sicht, dass sich Artenschutz und Waldbewirtschaftung nicht ausschließen. Im Gegenteil, es gibt bestimmte Schutzziele, bei denen man mit der Bewirtschaftung einen deutlichen höheren Effekt für die Artenvielfalt erzielt. Das schließt nicht aus, dass wir einige Flächen tatsächlich aus der Nutzung nehmen - das ist ganz klar - vor allem auch in den älteren Waldgesellschaften. Aber wir fordern doch, dass man bei dieser Betrachtung einen höheren Wert auf eine effiziente Umsetzung der Artenschutzziele legt. Vielen Dank!

Der Vorsitzende: Wir danken auch Herr Martin Kütke vom Deutschen Forstwirtschaftsrat e.V., bitteschön!

Martin Kütke (Deutscher Forstwirtschaftsrat e. V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages, ich darf heute hier für den Deutschen Forstwirtschaftsrat e.V. sprechen. Der Deutsche Forstwirtschaftsrat e.V. ist die repräsentative Vertretung aller mit der Forstwirtschaft verbundenen Akteure. So zum Beispiel sind in diesem Forstwirtschaftsrat neben den Waldbesitzarten, also kommunaler, privater und staatlicher Waldbesitz, auch die Arbeitsgemeinschaften naturgemäße Waldwirtschaft, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und auch die berufsständigen Vertretungen mitbeteiligt. Wir danken sehr dafür, dass wir heute hier in diesem Gremium Stellung nehmen dürfen und dass sich der Deutsche Bundestag mit dem Thema Waldstrategie beschäftigt. Dies bestätigt, welche Bedeutung Waldwirtschaft und Holzwirtschaft in Deutschland haben. Wir haben im vergangenen Jahr das internationale Jahr der Wälder von den Vereinten Nationen ausgerufen und wir haben noch viele Jahre für die Wälder vor uns. Das internationale Jahr der Wälder hat mit vielen Aktionen in ganz Deutschland gezeigt, welche

Bedeutung und welche Wertschätzung der Wald auch in unserer Bevölkerung genießt. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig und auch richtig, dass die Waldstrategie der Bundesregierung genau zum jetzigen Zeitpunkt kam. Der deutsche Forstwirtschaftsrat hat diese Waldstrategie von Anfang an mit begleitet und sehr begrüßt. Es war ein umfangreicher Beteiligungsprozess mit vier Symposien. Insofern hat die Waldstrategie eine ganz solide Grundlage erfahren, die sich auch in dem ersten Abschnitt eines jeden Kapitels niederschlägt, in dem dezidiert die Ausgangslage beschrieben wird. Das ist der richtige Ansatz. Darauf aufbauend werden die Herausforderungen beschrieben und es werden auch Lösungsansätze - die Ihnen bekannt sind - aufgezeigt. Wir halten diese Waldstrategie 2020 deshalb für so bedeutend, weil sie in Kohärenz zu den anderen Sektorstrategien der Bundesregierung aufzeigt, dass nur eine ausgewogene Balance der Waldfunktionen zum Ziel führen kann. Die Waldstrategie betont keine Funktion einseitig, sondern sie sieht das gesamtheitlich. Und das ist meiner Ansicht nach der Kernpunkt dieser Strategie. Insofern ist der Dreiklang zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem in der Waldstrategie erfasst und auch dargelegt. Es geht um die Multifunktionalität unserer Wälder. In der Tat war eine Ihrer Fragen darauf gerichtet, ob die deutsche Forstwirtschaft hier - mit Recht, wie ich meine - von sich behaupten kann, vorbildlich zu sein. Nächstes Jahr haben wir 300 Jahre belegte nachhaltige Forstwirtschaft. Es war Hans von Carlowitz, ein bayerischer Forstmann, der zum ersten Mal diesen Begriff prägte - vor 300 Jahren. Sie selbst wissen im Politikbereich, wie dieser Begriff der Nachhaltigkeit in den letzten Jahren geradezu eine Erfolgsgeschichte geschrieben hat. Mit diesem Begriff verbinden wir Forstleute, dass wir die Multifunktionalität gewährleisten wollen. Und wir stehen in der Tat vor großen Herausforderungen. Ich will nur auf zwei eingehen. Da ist einmal sicherlich der Klimawandel mit allen seinen Folgen. Hier ist der Wald Retter und Opfer zugleich und wir können hier einen großen Beitrag leisten. Zum anderen ist es die demographische Entwicklung in unserer Gesellschaft. Wir müssen mehr dezentrale Strukturen stärken. Wir müssen die ländlichen Räume stärken. Und hier kann Forst- und Holzwirtschaft einen ganz wesentlichen Beitrag leisten. Vielen Dank!

Der Vorsitzende: Wir danken auch! Wir kommen jetzt zu Herrn Hubert Kaiser, der hier die Stellungnahme des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen vorstellt. Bitteschön!

Hubert Kaiser (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages, auch ich bedanke mich recht herzlich, dass ich aus Sicht einer Länder-Forstverwaltung Stellung nehmen darf zur Waldstrategie 2020. Die Waldstrategie 2020 ist aus meiner Sicht eine Sektorstrategie, die in der öffentlichen Diskussion oft gegen die nationale Biodiversitätsstrategie gestellt wird, was ich im Grunde genommen für falsch halte. Das sind gesellschaftlich gesehen zwei Strategien, die Ansprüche der Gesellschaft an bestimmte Politik- und Gesellschaftsbereiche formulieren. Man sollte sie nicht gegeneinander ausspielen, sondern durch Verschnitt ermitteln, was tatsächlich an Maßnahmen zielgerichtet umgesetzt werden kann. Ich möchte eigentlich nur auf vier Punkte kurz eingehen, denn die Fragen wurden schriftlich eingereicht und da möchte ich mich nicht wiederholen. Die Länder sind mit der

Umsetzung der Strategien, die beim Bund formuliert worden sind, in besonderer Weise gefordert. Hier ist es wichtig zu sagen, dass der Bund auch da eine besondere Verantwortung hat. Nehmen wir nur einmal die Biodiversitätsstrategie, ein Ziel, welches mit relativ viel Geld verbunden ist. Denn wenn ich im öffentlichen Wald 10 Prozent der Fläche aus der Nutzung nehmen soll, stehen dahinter enorme Vermögenswerte. Und wenn ich 5 Prozent im Privatwald, also nicht Staatswald, aus der Nutzung nehmen möchte, geht das auch nur, wenn ich einen entsprechenden Ausgleich oder Angebote für den Privatwald schaffe, damit das auch umgesetzt werden kann. Hier muss der Bund zusammen mit den Ländern überlegen, welche Instrumente geeignet sind, wenn man denn so etwas umsetzen will. Lassen Sie mich kurz zum zweiten Punkt kommen. Da wäre der Waldklimafond. Der Waldklimafond hat aus unserer Sicht eine gute Struktur. Das, was der Bund dort verankert hat, kann von uns vollständig nachvollzogen werden. Aber wenn man sich die Ausstattung anguckt - und da kommen wir wieder einmal zum Geld - sieht man natürlich, dass hier die Länder - in der Umsetzung zusammen mit dem Bund - sich auch überlegen müssen, wie der Waldklimafond und andere Instrumente mit der Finanzierung ausgestattet werden sollen, um tatsächlich die Leistung dieses Waldumbaus tragen zu können. Vor allen Dingen die Aufgaben, die dort im Waldumbau - vor allem in den nächsten 50 Jahren - bei den Ländern zu leisten sind und die jeder aufgrund der Ergebnisse, die das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) veröffentlicht, nachvollziehen kann. Da reden wir über andere, deutlich andere Werte als 35 Millionen pro Jahr. Ich möchte nochmals darauf aufmerksam machen, dass in der Genese der Waldstrategie, in der Folge der Biodiversitätsstrategie, natürlich ein besonderes Schwergewicht auf die Forst- und Holzwirtschaft sowie die Nutzfunktion gelegt worden ist. Obwohl ein breiter Themenbereich abgebildet ist, hat man doch den Eindruck - wenn man das liest - dass die Nutzfunktion in ganz besonderer Weise thematisiert wird. Man darf aber nicht vergessen, dass Wald nicht nur eine Nutzfunktion hat, sondern dass die Leistungen vom Wald in anderen Bereichen als der Nutzfunktion volkswirtschaftlich extrem bedeutend sind. Man kann sie auch quantifizieren und man sollte sie nicht aus dem Auge verlieren. Ich komme nun aus einem Bundesland, in dem 18 Millionen Menschen auf gerade einmal 13 Prozent Staatswald, aber 65 Prozent Privatwald treffen. Das ist ein großes Spannungsfeld gesellschaftlicher Anforderungen. Und da ist die öffentliche Verwaltung mit gefragt, wie man das umsetzt. Diese anderen Funktionen des Waldes in Einklang zu bringen mit dem, was die Gesellschaft zum jeweiligen Zeitpunkt von den Waldbesitzern - und zwar von allen Waldbesitzarten - erwartet, ist nicht ganz einfach. In dem Zusammenhang darf ich darauf aufmerksam machen, dass zum Beispiel in NRW mittlerweile mehr als 11 Millionen Menschen in urbanen Räumen, sprich in Städten, mit über 100 000 Einwohnern leben. Das heißt, die gedankliche Entfernung der Menschen von der Primärproduktion wird immer größer. Und es bedeutet einen erheblichen kommunikativen Aufwand, die Leute immer wieder darauf hinzuweisen, was eigentlich im Wald geleistet wird. Natürlich auch im Sektor Nutzfunktion des Waldes. Am Schluss lassen Sie mich bitte noch eine Lanze für den Privatwald brechen. Das liegt eben an unserer besonderen Struktur in NRW. Wie gesagt, bei uns ist kein forstpolitisches Ziel zu verwirklichen, ohne das wir Richtung Privatwald schauen. Zwei Drittel Privatwald prägt unsere Forstpolitik. Alle Instrumente, die wir mit Bund und Ländern entwickeln, sollten darauf gerichtet sein, dass der Privatwald auch die Möglichkeit hat, Ziele, die in Strategien formuliert werden - egal ob es jetzt nun die NBS sind oder die Waldstrategie - zu erreichen. Also, man muss auf den Privatwald

maßgeschneidert zugehen, um diese Leitbilder, die der Bund zutreffend entworfen hat, verfolgen zu können. Vielen Dank!

Der Vorsitzende: Wir danken auch, Herr Kaiser! Wir kommen jetzt zur Einzelsachverständigen Frau Dr. Ute Seeling vom Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik. Bitteschön!

Dr. Ute Seeling (Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik): Besten Dank Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages, ich nehme hier heute als Einzelsachverständige Stellung. Ich möchte deswegen Ihren Blick stärker auf das konkrete Thema des heutigen Tages lenken. Das ist konkret die Waldstrategie. Die Waldstrategie berührt die ganzen Felder, die meine Vorredner angesprochen haben. Sie wurde 2011 verabschiedet, nach einem Konsultationsprozess mit vier Symposien. Zu diesen Symposien, die öffentlich waren, war jeder eingeladen. Jeder aus dem Kreis von den Themen, die jetzt im Einzelnen genannt wurden und die in den einzelnen Kapiteln jeweils aufgegriffen sind. Unter der Federführung des BMELV wurde dann der schwierige Prozess durchlaufen, dieses in eine Waldstrategie zu gießen und dabei die verschiedenen Statements, die in den laufenden Prozess eingegangen sind, mit aufzunehmen. Ich sehe in der Waldstrategie 2020 eine längst überfällige Positionsbestimmung der deutschen Forstwirtschaft. Es ist gleichzeitig aber das Bemühen, einer noch weitergehenden Segregation, wie wir sie auf der Fläche beobachten, entgegenzuwirken. Das spiegelt sich in jedem der Kapitel ganz deutlich wieder. Und dem allseits, ich möchte sagen als Lippenbekenntnis betonten Credo, zu einer Integration aller Anliegen auf der selben Fläche Rechnung zu tragen. Gleichzeitig zeigt die Forstwirtschaft damit, wie schwierig dieses ist. Deswegen gibt es auch diese Gliederung in die verschiedenen Kapitel. Es zeigt die Vielfalt der gesellschaftlichen Anforderungen an den Wald, aber es zeigt auch, dass diejenigen auf der Fläche geeignete politische Rahmenbedingungen brauchen. Sie sind nicht mehr in der Lage, dieses durch eine Entscheidung auf der Fläche in vollem Umfang zu tragen und damit einer multifunktionale Forstwirtschaft, wie sie heute gefordert ist, mit den in allen Bereichen gestiegenen Anforderungen Rechnung zu tragen. Eine Betonung der Nutzfunktion der Wälder ist insofern gerechtfertigt, weil hier die Balance gefunden werden muss zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Anforderungen. Die Nutzfunktion hat bisher in anderen Strategien keinen entsprechenden Eingang gefunden. Das war auch nicht der Ansatz der anderen Strategien. Das gehört in eine Waldstrategie. Die Waldstrategie schließt damit an frühere politische Prozesse an: nationales Forstprogramm, nationale Waldprogramme. Diese Programme basieren auf europäischen, auf weltweiten Vereinbarungen, die die Bundesregierung auch entsprechend unterzeichnet hat. Sie knüpft an, an den MCPFE-Prozess (*Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa, synonym Helsinki-Prozess und seit November 2009 Forest Europe auf europäischer Ebene*) und ist damit der Versuch, hier alle gesellschaftlichen Gruppen an einen Tisch zu holen. Insgesamt werden in der Waldstrategie die Chancen aufgezeigt, die die Forstwirtschaft zur Lösung aktueller Megathemen bietet. Ich nenne hier Klimaschutz, Rohstoffsicherung, Gesundheit, etc. Es werden aber auch die Konflikte aufgezeigt, denen sich die Forstwirtschaft fast tagtäglich ausgesetzt sieht und die einer politischen Schwerpunktsetzung bedürfen. Damit ist klar, dass die Waldstrategie eine eigenständige Strategie ist. Sie ist keine Strategie, und in diese Richtung zielten einige ihrer Fragen, die als

Umsetzung anderer Strategien gedacht ist. Sondern es ist eine eigenständige Strategie, die jetzt auch eines eigenständigen Maßnahmenkataloges mit entsprechenden operationalen Einzelzielen bedarf. Die zu den einzelnen Handlungsfeldern - auch neue Handlungsfelder werden in der Waldstrategie aufgezeigt - vorgeschlagenen Lösungsansätze sind in allen Fällen zwangsläufig sehr allgemein gehalten. Auch darauf zielen einige Fragen ab, so dass eine Fortsetzung der Diskussionsrunden dringend erforderlich ist. Ich sehe in der Waldstrategie einen Prozess, der angestoßen wurde, und einen Stab, der jetzt sozusagen in einer Staffel aufgenommen wird. Erst in einem folgenden Schritt sind die aufgezeigten Lösungsansätze in operationale Zielvorgaben zu fassen und dann mit einem entsprechenden Maßnahmenkatalog zu unterlegen. Da komme ich gleich zu dem, was noch erforderlich ist, um einen Teil dieser Ziele zu erreichen. Das ist eine entsprechende Finanzierung/Förderung. Es ist in der Waldstrategie immer wieder angesprochen worden. Vielleicht ist der Waldklima-Fond eines der Finanzierungsinstrumente, die dafür herangezogen werden können. Eine entsprechende Ausgestaltung findet derzeit statt, aber die entsprechende finanzielle Ausstattung wurde ebenfalls schon kritisch angemerkt. Lassen Sie mich noch auf einen letzten Punkt eingehen. Es wurde bereits mehrfach gesagt, dass Holz gefragt ist. Es wurde in Frage gestellt, ob Holz auch so umweltfreundlich ist. Meiner Meinung nach ist es das, durch die Substitution anderer Werkstoffe. Das heißt jeder, der die Nutzung oder die langfristige Verwendung von Holz kritisiert, redet damit anderen Werkstoffen oder anderen Energieträgern das Wort. Das sind die Stoffe, die bei der Bereitstellung wesentlich mehr Energie in Anspruch nehmen als das beim Holz der Fall ist. Wir sehen einer Bundeswaldinventur, die 2013 erwartet wird, und eine neue Bestandsaufnahme der deutschen Wälder darstellt, mit großem Interesse entgegen. Wir haben gestiegene Nutzungen aus den letzten Jahren und die Bundeswaldinventur wird zeigen, wie der deutsche Wald darauf reagiert hat. Ich danke Ihnen!

Der Vorsitzende: Wir danken auch! Das war sehr interessant. Ja, es war bei allen interessant. Ihr merkt die feinen Unterschiede, das freut mich immer, wie aufmerksam Ihr seid. Wir kommen zu Herrn Dr. Georg Winkel vom Institut für Forst- und Umweltpolitik aus Freiburg.

Dr. Georg Winkel (Institut für Forst- und Umweltpolitik): Guten Morgen allerseits. Meine sehr verehrten Damen und Herren, zuerst auch von mir ein herzliches Dankeschön für die Gelegenheit, hier als Sachverständiger sprechen zu können. Da ich von Ihnen schon in meiner Stellungnahme relativ viel Leseleistung abverlangt habe, habe ich mir gedacht, dass ich versuche, mich hier im Rahmen der vorgegebenen Zeit kurz zu fassen. Ich möchte mich auf drei Fragen konzentrieren. Erste Frage: Was wollen die Deutschen eigentlich von ihren Wäldern? Zweite Frage: Wie könnte man das erreichen? Und drittens: Ist die Waldstrategie 2020 das geeignete Instrument, das zu erreichen oder umzusetzen? Zur ersten Frage ist heute Morgen schon sehr viel gesagt worden. Ich will es ein bisschen zusammenfassen. Die deutschen Wälder sind ein wichtiger und wesentlicher Bereitsteller der erneuerbaren Ressource Holz für den Cluster-Forsten und Holz. Sie bilden Einkommens- und Vermögensbasis für die Waldbesitzer und Forstbetriebe. Sie sind aber zugleich auch der flächendeckende naturnächste Lebensraum in Deutschland. Immerhin, das muss man sich immer wieder bewusst machen, sprechen wir von einem knappen Drittel der gesamten Fläche des Landes.

Sie sind prägende Ökosysteme mit wesentlichen Anteilen an der heimischen Biodiversität. Sie sind ein wichtiger Speicher von Kohlenstoff. Sie sind aber auch ein wesentliches landschaftsprägendes Element und wichtigster Naherholungsraum oder Naturerholungsraum für die Bevölkerung. Das letzte ist ganz interessant. Denn wenn man die Bevölkerung fragt, was sie vom Wald möchte, dann wird Wald weniger als ein Wirtschaftsgut wahrgenommen, sondern es wird vor allem als ein letzter Naturraum in Deutschland thematisiert. Dabei gibt es, je nach befragter Gruppe, sehr unterschiedliche Vorstellungen von dem, was man vom Wald möchte. Das kann der aufgeräumte Wald als Ort der geregelten Forstwirtschaft sein. Es kann der romantisierte Mischwald mit alten Bäumen sein oder auch die Waldwildnis. Kurzum, Antwort auf Frage eins: die Deutschen wollen sehr unterschiedliche Dinge vom Wald. Frage zwei: Wie kann man nun diese verschiedenen Dinge auf der doch letztlich begrenzten Waldfläche bereitstellen? Hier möchte ich zuerst zwei grundlegende Aspekte festhalten. Der erste Aspekt stellt dar, dass es zwischen diesen vielen unterschiedlichen Bedürfnissen in Bezug auf den Wald Zielkonflikte gibt. Wer alte Wälder für Tier- und Pflanzenreichtum und Walderholung will, kann nicht zugleich die Holzernte maximieren wollen. Zweitens, die Voraussetzungen für diese Integration sind in Deutschland aber keinesfalls schlecht. So bemühen sich die vielen Forstbetriebe im Land schon seit sehr langem um die Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Belange und um die Waldwirtschaft. Es existiert sehr viel Wissen zu der Frage, wie ich den Gedanken des Naturschutzes in die Holzproduktion integrieren kann. Gerade auch im internationalen Kontext und zu den Grenzen dieser Integration. Auf der anderen Seite dominiert jedoch die Holzproduktion das Denken und Handeln der Betriebe. Und das gerade in den letzten Jahren auch in den öffentlichen Wäldern. Wenn Sie sich Forstballungen betrieblicher Organisationen oder auch Anreizsysteme anschauen, geht es da vor allem um die Holzherzeugung. Wald- und Naturschutzziele werden zwar in entsprechenden und auch zum Teil neuen Konzepten berücksichtigt, eine gleichrangige flächendeckende Integration findet jedoch nach meinem Wissen nicht statt. Die Holzeinschläge sind gestiegen, und von den Umweltgruppen wird darauf hingewiesen, dass, im biologischen Sinne, alte Wälder in Deutschland selten sind. Auch der Anteil an effektiv geschützten Wäldern ist im internationalen Maßstab eher gering. Somit ergeben sich für die Idee, wie integriere ich diese verschiedenen Ansprüche in einer Waldpolitik, drei grundlegende Kriterien oder Maßstäbe: 1. Transparenz – Nutzungskonflikte in den Wäldern müssen wissenschaftlich untersucht, dargestellt und einer öffentlichen Debatte zugänglich gemacht werden, 2. Regelungen für Nutzungskonflikte – dazu gehört unter anderem auch eine operationale Definition guter fachlicher Praxis, effektiver Schutzgebiete, sowie Anreizsysteme und Kompensationsmechanismen für private Forstbetriebe, für Aufwendungen, die über die Sozialbindung des Eigentum hinausgehen. Dazu gehört auch Beratung und Betreuung des Privatwaldes. Im öffentlichen Wald geht es aber vor allem darum, eine operationale Zielbestimmung zu erarbeiten, die dem gesetzlichen Auftrag zu besonderen Gemeinwohlbestimmungen entspricht. Dabei müssen den ökonomischen Zielen gleichrangige naturale Ziele gegenübergestellt werden, zum Beispiel die Biodiversitätsziele den Zielen für den Anteil von alten Wäldern. Hier macht es auch Sinn zu überlegen, diese Zielbestimmungen vermehrt unter dem direkten Einbezug pluralistischer zivilgesellschaftlicher Gruppen vorzunehmen. Kommen wir damit zur letzten und 3. Frage: Welchen Beitrag kann die Waldstrategie 2020 für eine solche Waldpolitik leisten? Ich denke, hier muss man differenzieren. Die Waldstrategie 2020 benennt aus

meiner Sicht die wesentlichen Konfliktfelder der Waldpolitik. Sie konkretisiert jedoch die Nutzungskonflikte nicht ausreichend. Und sie bleibt auch, wie schon von meinen Vorrednern zum Teil so gesagt, in vielen Lösungsansätzen eher vage. Als einziges quantifiziertes Ziel fällt dann eine Steigerung des Holzentschlages auf. Diese Zielsetzung ist jedoch aus meiner Sicht durchaus im Konflikt zu den anderen genannten Aspekten des Waldes zu sehen. Wie schon festgestellt, wer mehr alte Wälder oder große Bäume möchte, um es recht simpel zu sagen, kann nicht den Einschlag beliebig weiter steigern. Zudem kann der Aspekt einer Einschlagsteigerung, der auch diskussionsbedürftig ist, nicht das Problem einer Rohstoff-Unterversorgung der nadelholzbasiereten Industrie lösen. Es wird aus meiner Sicht nur zeitlich nach hinten verlagert, wie man sieht, wenn man sich einmal die Vorratsentwicklung bei den Baumarten anschaut. Kurzum, den Wert der Waldstrategie 2020 sehe ich somit nicht darin, dass hier ein Konzept für eine umfassende Waldpolitik der Zukunft gelegt wird. Zumindest nicht in der jetzigen Fassung, der jetzigen Schwerpunktsetzung. Ich sehe den Nutzen jedoch sehr wohl darin, dass eine Forst- und auch holzwirtschaftliche Interessensposition beziehungsweise Sektorposition formuliert wird. Eine ganzheitliche Waldpolitik kann sich dann in der Gesamtschau der Waldstrategie 2020 mit anderen Strategien des Bundes ergeben. Dabei möchte ich aber noch einmal auf grundlegende Zielkonflikte verweisen, die in der Waldstrategie 2020 nicht gelöst werden. Vielen Dank fürs Zuhören und ich freue mich auf unsere Diskussion.

Der Vorsitzende: Wir danken auch. Ich mache noch einmal auf die weiteren Stellungnahmen aufmerksam, die auch eingegangen sind, und bedanke mich bei den Verfassern: Dem deutschen Jagdschutzverband, Greenpeace und Herrn Maráz vom Forum Umwelt und Entwicklung. Herzlichen Dank, dass Sie sich die Mühe gemacht haben, unsere Arbeit fachlich zu bereichern. So, jetzt kommen wir zur ersten großen Fragerunde. Den Anfang macht für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Kollege Caesar, bitteschön.

Abg. Cajus Caesar: Herr Vorsitzender, herzlichen Dank! Ich möchte zunächst noch einmal meinen Dank an die Bundesregierung richten. Hier ist es gelungen, durch die Waldstrategie 2020 einen Rahmen abzustecken und auch die Bedeutung des Waldes und der Forstwirtschaft noch einmal darzustellen. Ich denke, das ist nicht selbstverständlich und erstmalig so gelungen. Meine erste Frage geht an Freiherrn zu Guttenberg. Sie haben dargelegt, dass der Wald, auch im Hinblick auf die Bewirtschaftung, Vorbildfunktion genießt. Sind Sie mit mir der Auffassung, dass es keinen Sinn macht, weitere gesetzliche Einschränkungen zu formulieren - etwa im Hinblick auf eine zusätzliche gute fachliche Praxis - weil das nur zu erhöhten Kosten, mehr Bürokratie und Einschränkungen führt? Diese sind nicht praxisgerecht, insbesondere vor dem Hintergrund der Biodiversität. Durch Nutzungs- und Teilnutzungsverzichte hat der Waldbesitz die Anforderungen, die an die Biodiversität gerichtet sind, bereits erfüllt. Und deshalb macht es keinen Sinn, weitere Stilllegungsflächen auszuweiten. Meine zweite Frage geht an Lars Schmidt. Sie haben zu Recht auf den Fehlbedarf an Holz hingewiesen. Das bezieht sich im Wesentlichen auf das Nadelholz. Und deshalb meine Frage: Teilen Sie erstens die Auffassung, dass für Deutschland bis 2020 ein Fehlbedarf von rund 30 Millionen m³ Holz zu erwarten ist? Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, um hier auf die Zukunft des Waldes, der Forstwirtschaft und der Holzindustrie, im Sinne einer ökologischen Waldwirtschaft ausgerichtet zu

sein, aber gleichzeitig auch auf wachstumsorientierte Waldwirtschaft? Auch vor dem Hintergrund der Baumartenwahl, bspw. Douglasien, Küstentannen - alternativ zur Fichte - oder aber auch der Holzmobilisierung durch qualifiziertes Forstpersonal. Das sind zwei Stichworte, die ich nennen möchte. **Der Vorsitzende:** Dankeschön. Frau Crone.

Abg. Petra Crone: Dankeschön, Herr Vorsitzender, auch für Ihre Neutralität! Ich danke den Sachverständigen für die schriftlichen und natürlich auch jetzt gehaltenen Stellungnahmen. Auch denen, die nicht angefordert waren. Meine erste Frage geht an Herrn Dr. Winkel und an Herrn Kaiser. Wie bewerten Sie die für 2020 prognostizierte Holzlücke von jährlich über 30 Millionen Festmetern und was ist daraus abzuleiten? Die zweite Frage auch an Sie beide. Wie beurteilen Sie das Holzeinschlagsziel aus der Waldstrategie und dessen Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Konsens, die Wälder als wichtige natürliche Ressource zu schützen und zu pflegen?

Der Vorsitzende: Dankeschön. Frau Dr. Happach-Kasan.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan: Ja, mein Dank gilt den Experten, die uns hier interessante Beurteilungen der Waldstrategie gegeben haben. Ich möchte noch einmal hervorheben, dass diese Strategie in der gesellschaftlichen Diskussion mit den verschiedenen Verbänden entstanden ist. Ich habe den Eindruck, dass da etwas bei herausgekommen ist, was sehr wohl einer Diskussion würdig ist und auch entsprechende Impulse setzt. Meine erste Frage geht an Frau Dr. Seeling. Man kann die Frage der Holznutzung aus zwei Gesichtspunkten betrachten. Zum einen: Das, was da ist, am besten nutzen. Und zum anderen: Welchen Nutzungsbedarf haben wir. Zwischen beiden Aspekten müsste man einen Kompromiss schließen. Wir brauchen letztlich mehr Nadelholz als im Augenblick zur Verfügung steht. Wir haben eine Nadelholzlücke, trotzdem machen wir einen Waldumbau stärker zum Laubwald hin. Ist es überhaupt möglich, das Laubholz, was wir haben, für die Zwecke zu nutzen, für die wir das Nadelholz nutzen? Ist das faktisch möglich? Und wenn das nicht möglich sein sollte, wie schaffen wir es, woher bekommen wir das Nadelholz, was letztlich gebraucht wird? Meine zweite Frage geht an Herrn Jacobs. Es ist deutlich - wenn wir uns die Zahlen angucken - dass die Biodiversität in genutzten Wäldern teilweise höher ist als in nichtgenutzten Wäldern. Das hat sicherlich damit zu tun, dass der menschliche Eingriff andere Biotope und daher Lebensräume für Tiere und Pflanzen schafft, die wir ansonsten nicht im Wald hätten. In welcher Weise ist gerade für Forstleute auch das Ziel, Biodiversität zu erhalten, in der Bewirtschaftung von Wäldern ein wichtiges Ziel? Was wird in der Ausbildung von Forstleuten dafür getan?

Der Vorsitzende: Dankeschön. Frau Dr. Tackmann.

Abg. Dr. Kirsten Tackmann: Vielen Dank. Vielen Dank auch von mir an die Expertinnen und Experten. Es gab sehr interessante Stellungnahmen. Und ich glaube, wir haben auch ein sehr, sehr wichtiges Thema heute hier im Bundestag zu behandeln. Die Diskrepanz zwischen den öffentlichen Ansprüchen an den Wald und der Lobby des Waldes ist - im Sinne der Interessenvertretung - ein deutlicher Unterschied. Ich erlebe immer wieder, dass auch das Verständnis dafür, wie hoch die

Herausforderung an den Wald sind und wie viele Zielkonflikte da zu lösen sind, nicht immer vorhanden ist. Deswegen ist es, glaub ich, schon wichtig, hier auch noch einmal verschiedene Dinge anzusprechen. Ich möchte die erste Frage an Herrn Jakobs stellen. Sie sprachen von einem Sozialpakt. Ich glaube, dass auch gerade die Frage „Arbeitsplatz Wald“ wichtig ist. Insbesondere vor dem Hintergrund der, auch in den Wäldern und Staatsforsten, sinkenden Finanzen. Auch dort findet Personalabbau statt. Das gilt auch vor dem Hintergrund, dass die Fachkräftefrage im Forst eine Rolle spielt. Überalterung der Forstleute ist unterdessen durchaus ein Thema, und wir wissen aber gleichzeitig, dass alle Ansprüche, die wir hier stellen, mit den im Wald arbeitenden Menschen stehen und fallen. Das heißt also, dass die Forstbediensteten eine zentrale Rolle spielen, und deswegen meine Frage: Wie können wir denn das lösen? Was wäre da notwendig, was hätten Sie von der Waldstrategie erwartet? Was hätte dort auch an Maßnahmen und an Zielstellungen verankert werden müssen und wie sehen Sie die Situation? Meine zweite Frage geht an Dr. Winkel: Der Zielkonflikt Jagd und Wald, Wild und Wald, ist hier überhaupt nicht angesprochen. Das hat mich ein bisschen überrascht, weil das natürlich auch eine der gesellschaftlich festen Auseinandersetzungen ist. Ich fand es in Ihrer Stellungnahme sehr interessant, dass Sie sagen, dass wir eigentlich gar nicht ganz genau wissen, was mit der Waldbestandsdichte ist. Was ist denn das nun eigentlich, wo müssten wir uns denn da einlaufen? Der Handlungsdrang ist aber gleichzeitig sehr groß, weil natürlich erwartet wird, dass wir dort irgendwie eine Lösung finden. Die Konflikte spitzen sich zu, die Waldstrategie bleibt an der Stelle auch sehr vage - und sagt, wir brauchen ein Leitbild „Wald“. Das sollen `mal die Akteure vor Ort entwickeln. Ich habe da meine Zweifel. Was wäre denn aus Ihrer Sicht notwendig, um diesen Konflikt vielleicht zu entschärfen und wie ist – aus Ihrer Sicht - die Datengrundlage, um überhaupt Entscheidungen treffen zu können?

Der Vorsitzende: Dankeschön, Frau Dr. Tackmann. Frau Behm.

Abg. Cornelia Behm: Ich möchte mich dem Dank für die Stellungnahmen meiner Vorredner anschließen. Wir haben Ihnen mit unseren vielen Fragen eine ganze Menge Arbeit aufgebürdet, aber Sie haben uns dann auch, mit dem Durcharbeiten der Stellungnahmen, eine ganze Menge Arbeit wieder zurückgegeben. Es zeigt sich – mit Ausnahmen - ein ziemlich einheitliches Bild. Herr Dr. Winkel hat es auf den Punkt gebracht: Die Waldstrategie gibt eine ganz gute Analyse, formuliert gute Ziele, aber bei den Maßnahmen bleibt sie dann doch relativ vage. Das bestätigt mir noch einmal, wie richtig es gewesen ist, dass wir diese Anhörung, weiter nach der Waldstrategie, beantragt haben und dazu heute zusammensitzen. Ganz umstritten ist immer wieder das *Ziel, fünf Prozent der Waldflächen* dauerhaft aus der forstlichen *Nutzung* zu nehmen. Da kommt von Herrn zu Guttenberg immer wieder der Vorwurf, dass wir die Segregation vorantreiben. Ich halte diesen Vorwurf wirklich, auch angesichts dessen, was ich in den Stellungnahmen gelesen habe, nach wie vor für einen großen Unfug. Herr zu Guttenberg schlägt vor, dass wir zu Klimaschutzzwecken kürzere Umtriebszeiten haben müssen. Bei Herrn Weiger lese ich dann wieder, dass der Holzvorrat möglichst auf 500 Vorratsfestmeter gesteigert werden sollte. Die Nutzung sollte auf dem hohen Niveau vorgenommen werden - damit täte man mehr für den Klimaschutz und im übrigen auch für den Biodiversitätsschutz. Herr Weiger, ich würde Sie gerne bitten nochmal darzustellen, dass wir beides brauchen. Sowohl den nutzungsintegrierten

Naturschutz auf der Fläche - also sprich Mindestanforderungen an Naturschutz im Wald für bessere, stabilere Wälder - als auch den Nutzungsverzicht auf großen und kleinen Flächen, und warum wir den brauchen. An Herrn Schmidt und Herrn Weiger würde ich gerne eine zweite Frage richten. Es geht da um den Ausbau der Holzenergie - ich glaube, da ist unsere Frage nach Zielen für die Holzenergie ein bisschen missverstanden worden. Wir wollen natürlich die Holzenergienutzung, Waldholznutzung nicht vorantreiben, sondern wir wollen sie, im Gegenteil, begrenzen. Wir sehen mit großer Sorge, dass die energetische Nutzung von Waldholz, im Gegensatz zur langfristigen Holznutzung, immer weiter ansteigt. Deswegen frage ich Sie, welche konkreten Maßnahmen es sein könnten, um die Holzenergienutzung etwas einzudämmen. Brauchen wir eine Deckelung, brauchen wir Steuer, Subventionsstreichungen? Brauchen wir Fördermaßnahmen, Austausch von ineffizienten Öfen? Vielleicht geben Sie uns da ein paar Vorschläge in der Richtung. Danke.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank, Frau Behm. Wir kommen jetzt zunächst zu den Fragen vom Kollegen Caeser. Die erste Frage war an Herrn Freiherr zu Guttenberg gerichtet. Herr Schmidt möchte sich dann bitte mit der Beantwortung der an ihn gerichteten Frage anschließen. Bitte, Freiherr zu Guttenberg.

Philipp Freiherr zu Guttenberg (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e. V.): Herzlichen Dank. Ich darf versuchen Ihre, glaube ich, drei Fragen nach der Vorbildfunktion der deutschen Wälder, nach einer guten fachlichen Praxis und den weiteren Biodiversitätszielen sowie Stilllegungen kurz zu beantworten. Ja, ich glaube, dass wir in Deutschland, auch hier in Sachen Wald, eine übergeordnete, internationale Verantwortung haben. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, müssen wir hier in Deutschland und in Europa nachhaltig nachwachsende Rohstoffe zur Verfügung stellen. Die ansteigende Nachfrage nach diesen Rohstoffen können wir bislang mit keinem Konzept drosseln. Die vernünftigen Umwelt- und Naturschützer fordern seit Jahrzehnten Mäßigung und Verzicht. Sie wurden leider nie gehört. Unsere Aufgabe ist es - in unseren Augen - ,dass wir diese nachhaltigen Rohstoffe zur Verfügung stellen. Global betrachtet heißt das, dass mit jedem genutzten Kubikmeter Holz aus heimischer, garantiert nachhaltiger Waldwirtschaft, wir auf importiertes Holz verzichten, und vor allem auf Holz, dessen nachhaltige Herkunft nicht nachgewiesen werden kann. Oder anders gesagt: Unsere multifunktionale nachhaltige Waldbewirtschaftung in Deutschland ist aktiver Umweltschutz. Wir deutschen Waldbesitzer haben - ich glaube, über Generationen hinweg - bewiesen, dass unsere multifunktionale nachhaltige Bewirtschaftung das effizienteste und das effektivste Natur- und Umweltschutzkonzept ist, dass wir in unseren Breiten haben. Für uns heißt Schutz: „Schützen durch Nützen“. Ich darf zur guten fachlichen Praxis kommen: Ich halte eine Einführung einer bundesweit geltenden guten fachlichen Praxis für nicht zielführend. Diese Einführung würde zu wenig auf die entscheidenden standörtlichen Unterschiede eingehen. Deutschland kann, ich glaube mit Stolz, darauf verweisen, dass es gesetzliche Standards von weltweit höchstem Niveau verankert hat, dies sogar regional. Mit diesem intelligenten Ansatz nehmen wir als Wiege und als Hüter der Nachhaltigkeit gegen allgemein pauschalierten Forderungen wieder eine internationale Vorrangstellung ein. Ich darf Ihnen vielleicht aus der Vergangenheit und in der Zukunft zwei Beispiele einer guten fachlichen Praxis geben. Die einen sind die großen

flächendeckenden Fichtenmonokulturen, welche staatlich, nach den beiden Kriegen, angeordnet wurden. Das Zweite werden die sich ergebenden flächendeckenden Buchenmonokulturen in der Zukunft sein. Das sind Ergebnisse einer guten fachlichen Praxis. Ich darf auch noch zu bedenken geben, dass wir in der Forstwirtschaft gezwungen sind, über Generationen zu denken. Und wir können unsere Bewirtschaftungsmethoden nicht alle Jahre, je nach politischer Couleur, ausrichten. Ich glaube, dass die Festschreibung einer guten fachlichen Praxis auch kurzfristig notwendige Reaktionen auf aktuelle Forschungsergebnisse verhindert. Diese Ausrichtungen sind in der Zukunft essentiell für uns Waldbesitzer, da wir uns vor der sich immer schneller verändernden Dynamik des Klimawandels anpassen müssen. Wir dürfen uns hier auch im Sinne der Gemeinwohlleistungen nicht einschränken. Und damit sprechen sich die Vertreter aller Waldbesitzarten gegen eine Definition der guten fachlichen Praxis auf Bundesebene aus. Herr Caesar, zu Ihrer Frage zu weiteren Biodiversitätszielen in der Bewirtschaftung: Ich darf, auch wie eingangs in meiner Stellungnahme kurz angerissen, noch einmal auf die Erfolge in der Biodiversitätsstrategie, die uns das Bundesumweltministerium attestiert hat, verweisen. Und ich glaube, dass wir hier auch weltweit eine einzigartige Situation und einzigartige Erfolge aufweisen können - vor allem, dass wir die Opportunitätskosten, die mit weiteren einseitigen Forderungen verbunden sein können, dass wir die gesellschaftlich nicht leisten können - weder finanziell noch die Einschränkungen der Gemeinwohlleistungen, die damit einhergehen. Danke sehr.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Herr Schmidt, bitte.

Lars Schmidt (Bundesverband Säge- und Holzindustrie Deutschland e. V.): Herr Caesar, um Ihre Frage kurz zusammen zu fassen: Sie richtet sich in erster Linie nach dem prognostizierten Fehlbedarf, nach den Nadelholzanteilen - wie da zukünftig aus unserer Sicht eine Sicherung stattfinden könnte - , und dann auch ein Blick auf die Mobilisierung Klein- und Privatwald. Die Frage nach dem Fehlbedarf: Es gibt da unterschiedliche Quellen, Sie sprachen von 30 Millionen, es gibt die von mir eben vorgestellte Eurostudie mit Größenordnungen von bis zu 250 Millionen auf europäischer Ebene im Jahr 2020 oder 2030. Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass das nur eine theoretische Größenordnung ist. Tatsächlich und Real wird es diese Deckungslücke in diesen Jahren nicht geben werden und nicht geben können. Das Holz, das nicht da ist, kann auch schlicht nicht verarbeitet werden. Das heißt, die Betriebe werden entweder verschwinden oder wir werden das Ganze von der Rohstoffseite her decken müssen. Da geht es nicht nur darum, den Holzeinschlag auf Teufel komm` raus zu steigern, sondern vor allem darum, einmal die bislang ungenutzten Potentiale zu nutzen. Aber vor allem, den Rohstoff effizienter zu nutzen. Das ist eben ja schon mehrfach angekommen. Zu den Nadelholzanteilen: Hier klang eben an, dass wir - ich habe es mir mitgeschrieben - eine nadelholzbasierende Industrie sind. Das ist so nicht ganz richtig und zutreffend, sondern es ist ein nadelholzbasierender Markt. Der überwiegende Anteil der tatsächlichen Holzprodukte, die im Markt verfügbar sind, basiert auf Nadelholz. Das ist nicht frei gewählt, sondern hat letztendlich mit den holztechnologischen Eigenschaften von Nadelholz zu tun: Festigkeit, Biegefestigkeit, Gewicht und so weiter und so fort, beispielsweise im Einsatz für den konstruktiven Bereich Holzbau, Hausbau. Die machen einen Austausch von Nadelholz in Richtung Laubholz gar

nicht so ohne weiteres möglich. Es gibt zwar mittlerweile einige Ansätze, auch beispielsweise Buche im konstruktiven Bereich einzusetzen. Diese Leimbinder sind aber nach wie vor zu schwer, von der Dimensionierung her zu voluminös, vor allem aber zu teuer, so dass sie sich meines Erachtens, zumindest nach derzeitigem Stand, nicht breit im Markt durchsetzen können. Da greifen einfach die Marktgesetze. Und der Endverbraucher wird wahrscheinlich nach dem Produkt greifen, das er kostengünstig erwerben kann. Deswegen haben wir schon ein großes Interesse daran und weisen auch darauf hin, dass es uns künftig gelingen muss, die Nadelholzanteile im Wald zu sichern. Wie gesagt, das ist kein Plädoyer für Fichtenmonokulturen. Das ist nicht die Art und Weise, wie die Holzindustrie in Deutschland planen kann, wenn wir uns quasi von Sturmereignis zu Sturmereignis hangeln. Sondern wir sind schon auf eine planmäßige, nachhaltige Versorgung angewiesen. Wir haben aber seit den Eindrücken der ersten Sturmwürfe in den achtziger Jahren in Baden Württemberg angefangen, sehr intensiv die Wälder in Richtung Laubholz umzubauen - vielleicht auch ein Stück weit zu intensiv. In Hessen gibt es beispielsweise mittlerweile einen sehr hohen Anteil an Laubholz, bis zu 90 Prozent, in der Verjüngung. Glücklicherweise gibt es auch Privatwald, der nicht ganz so intensiv in Richtung Laubholz umgesteuert hat. Wir fordern eigentlich zunächst einmal, dass wir, dass Sie, auch einmal schauen, wo wir die ungenutzten Zuwächse im Nadelholz nutzen können, im Klein-/ Privatwald beispielsweise. Sie sprachen auch die Mobilisierung im Bundesland Thüringen an - dort sind wir sehr aktiv. Durch Mobilisierung gibt es alleine 100.000 Hektar Waldfläche, die mindestens seit der Wende nicht mehr bewirtschaftet worden ist - davon sind alleine rund 85 Prozent der Fläche Nadelholz, dicht stehende Nadelholzkulturen. Frau Stauche, Sie werden mir das bestätigen, wo wir quasi dringend rein müssten, um die Wälder umzubauen, zu stabilisieren. Und wo ungenutzte Potentiale drin enthalten sind. Also Erstens: Nutzung der Zuwächse. Zweitens: Die Sicherung der Baumartenanteile in den Wäldern. Wie gesagt, keine Monokulturen, aber Baumartenanteile mit einer Größenordnung von 50 Prozent beim Nadelholz. Denkbar wären beispielsweise auch Zeitmischungen. Ich denke, hiermit muss man sich vielleicht einmal näher und intensiver beschäftigen, auseinandersetzen, wie diese Nadelholzanteile tatsächlich auch entsprechend gehalten werden können.

Der Vorsitzende: Wir müssen ein bisschen auf die Zeit gucken.

Lars Schmidt (Bundesverband Säge- und Holzindustrie Deutschland e. V.): Ok. Die alternativen Holzarten sprachen Sie auch an, Douglasie und Küstentanne, auch das ist ein wesentlicher Ansatz um zu sagen, lass´ uns doch mal schauen, welche Nadelholzanteile einen deutlich höheren Zuwachs bringen - bei gleichzeitig besserer Stabilität mit Blick auf den bevorstehenden Klimawandel. Die Douglasie ist eine Alternative. Sie wird immer als Fremdländerbaumart dargestellt, war aber vor der Eiszeit schon in nennenswerten Anteilen in Deutschland vorhanden. Sie liefert ein hervorragendes Holz und ist für uns sehr gut nutzbar. Aber wir haben auch heimische Holzarten, die wir entsprechend einsetzen können. Ich erinnere nur an die Weißtanne, beispielsweise, an die Kiefer, an die Lärche, die sicherlich auch als Alternative für die Fichte nutzbar sind. Dankeschön.

Der Vorsitzende: Das muss es jetzt leider gewesen sein. Wir kommen zu den Fragen und den Antworten, welche die Kollegin Crone gestellt hat. Zunächst Herr Dr. Winkel.

Dr. Georg Winkel (Institut für Forst- und Umweltpolitik): Vielen Dank. Ich weiß jetzt nicht mehr genau, welche der drei Fragen, die ich mir aufgeschrieben habe, von Frau Crone gestellt worden ist. War es die Frage zur Holzprognose? Genau. Denn ich habe mir leider die Namen der Abgeordneten nicht aufgeschrieben. Zur Holzprognose - ich denke, da hat Herr Schmidt gerade schon einiges gesagt. Prognosen sind immer so gut wie die Annahmen, die dahinter stehen. Und es ist ziemlich schwierig, sich mit Prognosen auseinanderzusetzen. Ich hab das ein bisschen in meiner Stellungnahme versucht, möchte da aber auch nicht zu weit gehen. Andere sind dazu auch berufener. Es sind letztlich theoretische Größen, die schon durch die aktuelle Wirtschaftsentwicklung wieder ein Stück weit hinfällig sein können. Von daher macht es sicherlich Sinn, solche Holzprognose, wie es auch geschieht, immer wieder up-zu-daten und dann aktuellen Entwicklungen anzupassen. Die Situation im Bereich der Holzwirtschaft, der Nadelholzmarktversierten-Holzwirtschaft, sieht aus meiner Sicht so aus, dass, wenn man sich die Einschlagstatistiken anschaut, die Fichte in den letzten Jahrzehnten über den Zuwachs hinaus eingeschlagen wurde. Als Reaktion darauf - oder im Zusammenspiel damit - sind auch große Kapazitäten im Bereich der Holzwirtschaft ausgebaut worden, die auf diesem - oder wesentlich auf diesem - Nadelholz basieren. Die Frage ist jetzt, wie man damit umgeht. Die Waldstrategie 2020 entwickelt da das Ziel, den Einschlag weiter zu erhöhen, um einer prognostizierten Holznot 2020 entgegenzuwirken. Das würde heißen, dass man dann quasi statt den jetzigen 130%-140% vielleicht 160-180% des Zuwachses bei der Fichte nutzt. Aus meiner Sicht würde das nicht zu einer Lösung, sondern nur zu einer Verlagerung des Problems führen. Man hätte dann eben in zehn Jahren die Situation, dass die Fichte nicht mehr da ist. Vielleicht wäre dann der Einbruch noch viel dramatischer, wenn noch viel weniger da ist, als wenn man das Ganze vorsichtig nutzt. Das heißt, ich halte das für einen relativ kurzfristigen Lösungsansatz und komme damit noch zu einer anderen Frage: Was wären andere Lösungsansätze? Einen Ansatz, den man verfolgen kann, ist sicherlich die Effizienz der Nutzung zu steigern, wie bereits von Herrn Schmidt gesagt wurde. Ein weiterer möglicher Ansatz wäre auch der Import aus nachhaltig genutzten Wäldern, wobei ich mir aber nicht sicher über die ökonomischen Zusammenhänge bin. Da haben sie dann das Problem, was das für Wälder sind. Man müsste sich genauer anschauen, woher denn dieses Holz käme und wie die Ökobilanzen zu bewerten sind. Einen dritten Punkt halte ich eigentlich für entscheidend. Die Holzindustrie ist im wesentlichen eine rohholzbasierte Branche und passt sich somit immer, auch hinsichtlich der Investitionen und Planungszeiträumen, an das an, was voraussichtlich in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren zu erwarten ist. Deswegen wird man mittelfristig wahrscheinlich nicht darum herum kommen, auch hier in der Holzwirtschaft Anpassungen, in den Bereich Laubholz hinein, vorzunehmen. Das heißt, dass die Nadelholz basierte Industrie in Deutschland rückläufig sein wird, wenn es nicht über Import abgedeckt werden kann, und man stattdessen die Kapazitäten im Laubholzbereich weiterentwickelt. Noch eine Frage zum jetzigen Bestand, das wird sich vermutlich nicht vermeiden lassen, weil die hohen Nadelholzvorräte, von denen man in den letzten zehn Jahren gut gelebt hat, auf Dauer nicht nachwachsend vorhanden sind. Eine andere Frage ist, ob man jetzt durch waldbauliche Maßnahmen auf diese aktuelle Prognose - auf diesen aktuellen Fehlbedarf - reagieren kann. Hier würde ich auch ein bisschen zur Vorsicht anraten. Es macht aus meiner Sicht keinen Sinn, bei einer aktuellen

Bedarflückenprognose fürs Jahr 2020, jetzt über eine wesentliche Veränderung der Baumartenteile gegensteuern zu wollen. Bei begründeten Beständen sind Jahrzehnte vergangen, bis diese überhaupt für die Holzwirtschaft interessant werden. Und keiner weiß seriös genau, wie dann der Holzbedarf der Holzwirtschaft aussehen wird. Deswegen macht es für mich prinzipiell keinen Sinn, im Waldbau allzu stark auf aktuelle Anforderungen aus der Holzwirtschaft zu reagieren, weil man immer auf diese langen Zeiträume angewiesen bleibt. Es gibt so ein paar nette Anekdoten - aber ich glaube, die spare ich mir jetzt auf, da wir nicht soviel Zeit haben. Ich würde prinzipiell deswegen auf diese Fülle der möglichen Anpassungsfaktoren, die genannt wurden, nochmal hinweisen. Auch das, was Herr Schmidt gesagt hat, fand ich zum Teil ganz hilfreich. Ich hoffe, ich habe die Frage soweit beantwortet.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Herr Kaiser, bitte.

Hubert Kaiser (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen): Ich will die Frage nur etwas ergänzen, die Frau Crone gestellt hat. Ich möchte Herrn Dr. Winkel beipflichten, dass es theoretische Werte sind, die man zur Zielausrichtung nutzt. Wenn man Werte in die Zukunft exploriert und sagt: das könnte auftreten. Es gibt natürlich keine 30 Millionen, die man nicht verwenden kann. Das heißt, die Frage ist: Was machen wir eigentlich aufgrund dieser Analyse? Das ist die eigentliche Frage und die kann auf der einen Seite nur in Richtung Effizienzsteigerung gehen. Auf der anderen Seite ist die Frage, ob wir uns angesichts des Klimawandels dem Waldbau so anpassen, dass wir standortgerechte, stabile, klimaplastische Mischwälder haben. Diese geben uns dann ein diversifiziertes Angebot für die Zukunft. Mehr werden wir waldbaulich nicht tun können. Dabei schöpfen wir Dinge aus, welche die Gesellschaft mitträgt. Man soll sich doch nicht dazu versteigen, dass Forstwirtschaft für sich selber entscheidet, was da im Wald wirklich passiert. Forstwirtschaft reagiert wie jeder Wirtschaftsbereich und jeder Markt auf Anforderungen der Gesellschaft. Da der Wald sehr, sehr langsam umgesetzt wird, passieren diese Anpassungsprozesse immer mit einer Phasenverzögerung. Aber man kann auch im Wald sehr genau nachweisen, dass diese gesellschaftlichen Fragestellungen oder der Markt sich auf die Angebote im Wald später auswirkt. Insofern kann man das nur so beantworten, dass es in der Herleitung theoretische Modelle sind, die einer neuen Zielausrichtung und Zielbestimmung dienen. Dafür sind sie auch notwendig. Und wir werden sie weiter fortschreiben. Wir werden uns ständig weiter diesen gesellschaftlichen Ansprüchen anpassen. Danke.

Der Vorsitzende: Dankeschön. So, dann kommen wir zu den Fragen von Frau Dr. Happach-Kasan. Zunächst an Frau Dr. Seeling.

Dr. Ute Seeling (Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik e. V.): Besten Dank. Frau Dr. Happach-Kasan, Sie haben nach Angebot und Nachfrage sowie nach den Reaktionen der Forstwirtschaft gefragt - und vor allen Dingen, was man mit dem Holz tatsächlich machen kann. Wir haben das, in Ansätzen, bereits gehört. Nadelholz und Laubholz sind einfach unterschiedliche Materialien. Sie werden von unterschiedlichen Industriezweigen mit unterschiedlichen Technologien

verarbeitet. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Bereits in der Verarbeitung haben wir Industrieunternehmen aus dem Bereich der Sägeindustrie, die sich hochspezialisiert haben. Das heißt, sie können einem Nadelholzsägewerk nicht sagen: Mensch, nimm doch morgen Buche. Das ist schon von der Verarbeitung her nicht dasselbe. Wenn wir also erwarten, dass so eine kurzfristige Reaktion stattfindet, ist dies durch die Industrie nicht zu leisten. Was bereits angesprochen wurde, sind die verschiedenen Verwendungsbereiche. In diesem Bereich wird seit vielen Jahren Forschung betrieben. Ganz Scherenschnittartig: Nadelholz wird überwiegend im Bausektor eingesetzt - im konstruktiven Bereich - und Laubholz bisher ganz stark im Innenausbau oder im Möbelbereich. Nadelhölzer sind in sich schon unterschiedlich, aber beide Materialien haben damit ihre großen Abnehmerbereiche. Herr Schmidt sprach schon an, dass es Forschungsarbeiten gibt, auch die Buche im konstruktiven Bereich einzusetzen. Das hat sich bisher nicht durchgesetzt, aber da kann man sich für die Zukunft noch einiges vorstellen. Dieses Material verhält sich - nicht nur, weil es schwerer ist, nicht nur weil es dichter ist - es verhält sich in den Verarbeitungsprozessen einfach anders, als das beim Nadelholz der Fall ist. Das heißt, wir haben damit einen Rohstoff, ein Material, welches höhere Anforderungen an die Verarbeitung stellt. Somit wird es zwangsläufig, als Produkt, auch deutlich teurer sein. Wir haben aber noch eine andere Situation. Wir alle denken bei Sägeindustrie natürlich an das Massivholz. Wir haben eine sehr starke Holzwerkstoffindustrie, die ebenfalls vom Nadelholzsektor bedient wird. Vielleicht müssen wir zukünftig alle stärker auf Holzwerkstoffe setzen, denn diese kann man auch mit anderen Materialien, wie Holzfaser, mischen. Auch hier gibt es Ansatzpunkte. Aber wenn wir sagen, dass das Massivholz, wie auch das verleimte Massivholz, das Produkt ist, mit dem wir uns umgeben wollen, dann sehe ich deutliche Engpässe, was den Nadelholzbereich angeht. Auch ganz entscheidend für die Industrie ist, dass es immer wieder Forderungen gibt, bei ganzen Sortimenten einen Nutzungsverzicht zu üben. Das heißt, wenn ich auf die starke Buche verzichte, bricht damit ein komplettes Sortiment erst mal weg. Ich kann natürlich sagen, dass interessiert mich nicht. Aber es ist - denke ich - angezeigt, dass man, wenn man verzichtet, in den verschiedenen Bereichen die verschiedenen Sortimente jeweils mit berücksichtigt. Ich bin ausgesprochen überrascht, dass hier die extrem hohen Nutzungen, kritisch mit Übernutzungen, sozusagen diskreditiert werden. Diese Nutzungen haben wir in den letzten Jahren in den Fichtenbeständen seitens der Forstwirtschaft vorgenommen, da es eine ganz klare Forderung ist, die Fichtenbestände zurückzudrängen. So macht man Platz für junge Laubholzbestände. Das heißt, die Übernutzungen in diesen Fichtenbeständen waren eigentlich im System angelegt. Das die Industrie hier Verarbeitungskapazitäten aufgebaut hat, ist nur folgerichtig. Wenn diese Industrie sich nicht aus den heimischen Wäldern versorgen kann - denken wir an das Massivholz, denken wir an die Sägeindustrie - dann ist die logische Konsequenz, dass man sich nach anderen Rohstoffquellen umsehen muss. Wo haben wir große Nadelholzbestände? Wir haben sie im Norden Europas. Ich denke, die Skandinavier sind selber fleißig dabei in ihren eigenen Verarbeitungskapazitäten dieses Holz zu nutzen. Wir haben sie im Osten Europas, wobei es genau da kritisch wird, wenn es um die Holzimporte aus dem Osten geht. Es geht um die Frage, wie hier die Nachhaltigkeit sichergestellt werden kann. Es kommt ein anderer Punkt hinzu: Die Sägeindustrie wird wahrscheinlich da hin gehen, wo diese Rohstoffquellen sind. Das heißt, selber ihre Standorte in den Osten verlagern. Das ist eine Prognose, die nicht aus der Welt gegriffen ist.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Herr Jacobs.

Hans Jacobs (Bund Deutscher Forstleute): Recht herzlichen Dank. Frau Happach-Kasan, Sie hatten die Fragestellung rund um die Biodiversität und die Maximierung bzw. die Optimierung angesprochen. Nun ist es ja so, dass man Statistiken unterschiedlich lesen kann. Das zeigen auch die Statements bezüglich der Einschätzung der Biodiversität im Wald. Tatsache ist, ich glaube, dessen sind wir uns alle einig, dass wir mit der mittlerweile fast flächendeckend umgesetzten naturnahen Forstwirtschaft ein hohes Maß an Biodiversität, im Rahmen der forstlichen Bewirtschaftung, erreicht haben. Tatsache ist aber auch, dass wir den Tatbestand der Zerfallsfrage, die Prof. Weiger angesprochen hat, auf der Fläche nicht, bzw. nicht überall, in ausreichendem Umfang bereitstellen können. Das liegt daran, dass wir wirtschaften und dementsprechend auch in den Endbeständen wirtschaften. Daher unterstützen wir als BDF derzeit auch umfänglich das Forschungsvorhaben, welches über Prof. Spellmann läuft. Es hat das Ziel, einmal bundesweit den Status quo zu ermitteln, um zu sagen, was wir tatsächlich bereits an Flächen haben, die derzeit langfristig aus der Nutzung genommen worden sind. Vor allen Dingen, wie sind diese Flächen strukturiert. Wir Forstleute sind auf den Dreiklang ausgerichtet. Das heißt, wir gehen davon aus, wenn wir Wälder bewirtschaften, dann bewirtschaften wir sie in alle Richtungen: sozial, ökologisch und ökonomisch. Das Problem ist, dass die Personalbestände derzeit so weit, bzw. mittlerweile so weit heruntergefahren werden, dass die ökologische Funktion deutlich zurückgefahren wird. Auch im öffentlichen Wald. Das geht soweit, dass in einzelnen Ländergesetzen die Vorbildfunktion des öffentlichen Waldes für die Gemeinwohllleistung herausgestrichen worden ist. Das Problem ist, dass die Reviere immer größer werden und die Nutzungsfunktion vorangestellt wird. Die öffentlichen Betriebe bekommen die schwarze Null bzw. Überschüsse als Betriebsziel vorgeschrieben. Dementsprechend ist dann Naturschutz und Biodiversität nur noch in dem Maße möglich, im Grunde genommen, wie öffentliche Gelder über die Parlamente zur Verfügung gestellt werden. Das heißt Naturschutz nach Kassenlage. Das ist etwas, was in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich gehandhabt wird und was letztendlich auch dann zu unterschiedlichen Situationen in den Ländern führt. Was die Ausbildung anbelangt, so ist es so, dass der Bologna-Prozess dazu geführt hat, dass wir ein sehr vielfältiges und sehr breit gefächertes Baukastensystem in den einzelnen Hochschulen haben. Es beinhaltet in sehr hohem Maße auch Naturschutz und ökologische Belange. Wir sind derzeit in einem umfangreichen Generationenwechsel und Sie können davon ausgehen, dass in den nächste zehn Jahren ca. ein Drittel der Forstbediensteten ausgetauscht wird bzw. in Rente geht. Die Stellen müssen neu besetzt werden, die Kollegen haben das Rüstzeug, diese ganzen Funktionen zu erbringen, aber sie müssen eben auch die Möglichkeiten erhalten, dieses zu erbringen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Frau Dr. Tackmann hatte Herrn Jacobs als Ersten gefragt. Bitteschön.

Hans Jacobs (Bund Deutscher Forstleute): Dann bleibe ich gleich dabei. Frau Tackmann, Sie fragten, inwieweit der Arbeitsplatz Wald durch die Strategie unterstützt wird bzw. welche Inhalte dort dargestellt werden. Hinsichtlich der sozialen Belange sind die Ziele der Strategie sehr hoch gefasst.

Wie ich eingangs auch in meinem Statement sagte, ist das Problem, dass die Strategie keine Handreichung gibt, wie diese tatsächlich umzusetzen ist. Wir haben eine Bundesstrategie und wir haben einen Föderalismus, der dazu führt, dass die Länder letztendlich diese Strategie umsetzen. Herr Kaiser hat es in seinem Statement auch kurz benannt. Das heißt, was wir brauchen, ist eine gesamte Zielsetzung, die letztendlich dazu führt, dass die Gemeinwohlleistungen im Wald nachhaltig zu finanzieren sind. Nachhaltig in der Gestalt, dass wir sagen: Die Ökosystemleistungen sind Leistungen, die der Wald erbringt. Das ist mittlerweile auch internationaler Usus. Sie müssen finanziert werden - und nur wenn sie finanziert werden, können sie auch zukünftig erbracht werden. Ich verweise da unter anderem auch auf Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Naturschutzmaßnahmen müssen zukünftig anders finanziert werden als es bislang der Fall ist, weil wir ganz eindeutig sehen, dass die Länder in Zukunft finanziell immer stärker „in Schieflage“ geraten werden. Von daher müssen diese Funktionen anderwärtig zu finanzieren sein, damit sie erbracht werden. Das sie erbracht werden müssen, ist - glaub ich - unisono bekannt und zeigt ja auch die Zielsetzung der Strategie.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Herr Dr. Winkel.

Dr. Georg Winkel (Institut für Forst- und Umweltpolitik): Waldwild. Es ist ganz interessant, denn schaut man in die Literatur, dann tritt da das große Problem auf: Wildbestände, woran messe ich die oder woran vergleiche ich die? Jetzt haben wir in Deutschland die Situation, dass seit vielen Jahrhunderten, Jahrtausenden gejagt wird. Die Landschaften und Ökosysteme haben sich komplett verändert. Es gibt in der Literatur durchaus verschiedene Theorien und Ideen dazu, wie denn natürliche Wildbestände aussehen würden. Da gibt es Theorien, die davon ausgehen, dass in der Vergangenheit große pflanzenfressende Tiere durch die Wälder gezogen sind und irgendwelche offene Landschaften geschaffen haben. Man kann nachweisen, dass es, seit der Eiszeit, immer dichte Waldbestände gegeben hat. Es ist nicht ganz so einfach - schaut man in die internationale Literatur, stellt man fest, dass Wildbestände oft auch regional und temporär schwanken. Das heißt, gibt es einen sehr strengen Winter, dann ist das Wild/ der Wildbestand sehr niedrig. Daraufhin verjüngen sich Wälder besonders stark. Dann gibt es wieder eine höhere Phase und so weiter und so fort. Dieses natürliche System ist schwierig zu rekonstruieren und wir haben es in Deutschland nicht mehr. Wir haben ein höchstgradig künstliches Wildbestandsregulierungssystem, welches eben im wesentlichen über die Jagd, über andere Faktoren, wie Habitatsangebot, gesteuert wird. Deswegen macht es aus meiner Sicht Sinn, Wildbestände an Zielen auszurichten. Im Waldbereich ist eines der großen Ziele der Waldpolitik, eigentlich auf Länder- und Bundesebene, in den letzten Jahren gewesen, naturnahe Waldwirtschaft zu verwirklichen. Das geht im wesentlichen über Naturverjüngung, auch über eine Naturverjüngung, die auf eine relativ breite Baumartenpalette setzt. Da haben Sie nun das Problem, dass, wenn Sie hohe Wildbestände haben, da ein Zielkonflikt besteht. Je nachdem, wo die hohen Wildbestände sind, führen sie dazu, dass Sie den Wald nicht naturnah verjüngen können oder nur unter Schutz verjüngen können. Kurzum, ich würde die Frage der Wildbestände - sind sie hoch, sind sie nicht hoch - an den Zielen ausmachen, die im Land oder in der Waldpolitik verfolgt werden. Dann zu den Maßnahmen: Wenn man sich da so ein bisschen die

Diskussion und die Debatte anschaut, gibt es dazu sehr, sehr unterschiedliche Meinungen. In wie weit brauchen wir neue Jagdgesetze - auch auf welcher Ebene: Bund oder Länder? Die eine Fraktion sagt, dass das Jagdgesetz auf jeden Fall modernisiert werden muss, dass es zum Teil ein Anachronismus aus den dreißiger Jahren ist, also möglicherweise ein noch ganz peinlicher Anachronismus. Es gibt die andere Fraktion, die sagt, dass das Jagdgesetz eigentlich ganz brauchbar ist, dass es nur nicht richtig umgesetzt wird. Hier kann ich mich schwer festlegen, weil ich nicht der Experte in diesem Bereich bin. Ein Vorschlag wäre jedoch, sich einmal wissenschaftlich anzuschauen, wie sich die Abweichungen von der Bundesjagdgesetzgebung, in einzelnen Bundesländern, auf den Konflikt wirken. Dankeschön.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Frau Behm hatte zunächst Herrn Prof. Weiger gefragt. Bitteschön.

Prof. Dr. Hubert Weiger (BUND e. V.): Die Frage war – Stichwort: Nutzungsverzicht. Nun, das Ziel der Biodiversitätsstrategie des Bundes heißt, dass auf fünf Prozent der Waldfläche die Wälder einer natürlichen Entwicklung zugeführt werden sollen. Das heißt im Umkehrschluss, dass 95% unserer Wälder weiter bewirtschaftet werden sollen. Naturnah ist hier ebenfalls das Leitbild. Allerdings fehlt nach wie vor die Definition der guten fachlichen Praxis, was „naturnah“ im Einzelfall tatsächlich zu bedeuten hat. Die Anforderungen an den privaten Waldbesitz in Deutschland sind keineswegs exorbitant. Es gilt die zentrale Verpflichtung zur Wiederaufforstung, aber ansonsten ist der Waldbesitzer weitgehend in der Bewirtschaftung seiner Wälder freigestellt. Von daher ist es - glaub ich - durchaus richtig und notwendig, auch als Messlatte für entsprechende Förderinstrumente, die „gute fachliche Praxis“ zu definieren. Wenn es nun heißt, dass es durch diesen Nutzungsverzicht dazu kommt, dass wir verstärkt Holzimport betreiben müssen und uns damit an der Ausbeutung der Wälder beteiligen, dann muss man zwei Dinge sagen. Allein wenn es uns gelänge, einen naturnäheren Waldaufbau in Deutschland zu realisieren, hätten wir nicht die Tatsache, dass im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte ein Drittel unserer Holzeinschläge nicht geplant waren. Das heißt, der Forstmeister Sturm oder der Forstmeister Schnee oder anderes haben letztendlich in unseren Wäldern partiell auch zu massivsten, nachhaltigen Schäden geführt. Unter diesen Schäden haben viele folgende Generationen zu leiden. Wenn es uns gelänge, das zentrale Hemmnis für einen naturnahen Wald in Deutschland zu reduzieren, nämlich tatsächlich den Grundsatz „Wald vor Schalenwild“ durchzusetzen, hätten wir den Zuwachsverlust, der durch die fünf prozentige Entnahme tatsächlich entsteht, bei weitem ausgeglichen. Wir reden nicht über die enormen Zuwachsverluste in unseren Wäldern, dadurch, dass über Jahre/Jahrzehnte hinweg entsprechende, naturnahe Wälder nicht nachwachsen können, weil sie regelmäßig verbissen werden. Es ist in der Tat das größte Problem, was aber kaum angegangen wird. Ich sage es auch in diesem hohen Haus, weil die Jagdlobby eine wesentlich einflussreichere Lobby ist als Wald- und Naturschutz zusammen - zumal die sich auch noch im Einzelfall zerstreiten.

Der Vorsitzende: Nicht in diesem Ausschuss.

Prof. Dr. Hubert Weiger (BUND e. V.): Weshalb ist es nun zwingend erforderlich, dass wir Wälder aus der Nutzung nehmen? Nicht, weil das der Naturschutz will, sondern, weil es mit der Tatsache zusammenhängt, das Holz und Bäume genutzt werden. Damit haben wir zentrale Phasen in unseren Wäldern, zwangsläufig, nicht mehr. Nämlich die Phase der alten Wälder, die Wälder, die über 160 Jahre alt sind. In Deutschland sind Laubwälder auf einen Prozentsatz von 0,2% reduziert. Das heißt, wir haben einen Mangel an alten Wäldern. Wir haben erst recht einen Mangel an Wäldern, in denen die Zerfallsphasen der Wälder vorhanden sind. Damit haben wir die Tatzeit, dass 70% aller Totholz bewohnenden Käferarten und die entsprechenden Prozentsätze unserer Totholz bewohnenden Pilzarten auf der „roten Liste“ stehen. Es ist bisher nicht gelungen, das entscheidend zu reduzieren. Von daher ist es ein Gebot des Biodiversitätsschutzes, zu definieren, dass Nachhaltigkeit auch die Beachtung entsprechender Biodiversitätsziele bedeutet. Im übrigen hat sich die Staatengemeinschaft bereits 1993 - auf europäischer Ebene - dazu in der Helsinki-Konvention verpflichtet. Zur letzten Frage: Energetische Nutzung des Holzes. Wir sind der Meinung, dass wir zu den Grundsätzen zurückkommen müssen. Erstens: Sparsamer Umgang mit der nachwachsenden Ressource Holz. Wir haben uns an einen extrem verschwenderischen Umgang gewöhnt. Stichwort: Papier. Wir verbrauchen wesentlich mehr Papier als die Schweiz, und niemand wird behaupten, dass die Schweiz ein unterentwickeltes Land ist. Wir gehen so damit um, weil es relativ preisgünstig ist. Zweitens: Wir müssen Holz kaskadenförmig nutzen. Das heißt, Vorrang der stofflichen vor der energetischen Verwertung. Wir müssen auch dafür sorgen, dass wir die energetische Nutzung des Holzes, in der Kaskade, tatsächlich wieder erlauben können. Das bedeutet, dass wir Holz, im Bereich der Holzenergie, nur dann einsetzen, wenn es tatsächlich vertretbar ist. Also, wenn die Gebäude energetisch saniert sind - Stichwort: Effizienz. Wenn wir die Heizungsmodernisierung vorangetrieben haben und Holz nicht in den ältesten Öfen, mit den schlechtesten Emissionswerten, verbrannt wird. Von daher ist es zwingend notwendig, darüber eine öffentlichen Debatte zu führen. So wichtig die energetische Nutzung des Holzes auch ist, sie ist Teil eines gesamten Konzeptes. Es muss auch Holz in unseren Wäldern bleiben, damit es den natürlichen Prozessen überlassen bleibt. Nicht zuletzt, damit die Qualität unsere Waldböden erhalten bleibt. Auch als wichtigster Kohlenstoffspeicher, da in diesen Böden mehr Kohlenstoff vorhanden ist als in der Biomasse. Auch hier im übrigen - Stichwort: Fünf Prozent Reduktion. Wir diskutieren nicht, dass wir durch den Einzug moderner Holzerntemaschinen in unseren Wäldern einen erheblichen Flächenentzug für die Holzproduktion haben - nämlich durch das System der Rückegassen und allem, was damit entsprechend verbunden ist - unabhängig von den entstandenen Auswirkungen, auch hinsichtlich der Qualität unsere Böden.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Herr Schmidt, Sie waren auch noch von Frau Behm gefragt worden.

Lars Schmidt (Bundesverband Säge- und Holzindustrie Deutschland e. V.): Frau Behm, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ging Ihre Frage auch in Richtung energetische Nutzung von Holz bzw. Ressourceneffizienz. Die Säge- und Holzindustrie hat durchaus noch eine Zwitterposition. Wir haben von der Renaissance der Energiequelle Holz in den letzten Jahren durchaus profitiert. Unser Geschäft bei den Produktionsabfällen in Sägenebenprodukten ist in Fahrt gekommen. Viele der Betriebe produzieren mittlerweile aus diesen Produktionsresten Pellets oder Holzbrickets. Auch wird

in die Biomassekraftanlagen der Sägeindustrie Strom ausgekoppelt. Annähernd 50% des Stroms aus fester Biomasse stammt aus den Anlagen der Holzindustrie. Allerdings hat sich natürlich der Anteil der energetischen Nutzung von Holz in den letzten Jahren tatsächlich kritisch entwickelt. Wir nähern uns der 50% Marke. Das heißt, 50% des Holzes in Deutschland werden mittlerweile energetisch genutzt. Wir sehen es natürlich an der Stelle kritisch. Wo eigentlich hochwertige, stofflich nutzbare Sortimente vielleicht ineffizient verbrannt werden und das Ganze dann noch indirekt oder direkt steuerlich subventioniert wird. Ich denke, der größte Anteil davon ist das sogenannte Scheitholz, also quasi der Hausbrand. Es sind annähernde 20 Millionen Festmeter jährlich, die in Deutschland in solche Öfen hinein wandern. Sie sind derzeit aber noch mit einem niedrigen Mehrwertsteuersatz belegt. Es ist, meines Erachtens, auch der überwiegend größte Anteil der steuerlichen Begünstigung von Holzenergienutzung. Nach Schätzung des Verbandes der Deutschen Holzwerkindustrie sind es irgendwo in der Größenordnung von 150-300 Millionen Euro jährlich, die dort der ineffizienten, energetischen Nutzung zugute kommen. Wenn wir auf die Ressourceneffizienz hinarbeiten, muss es das Ziel sein, dass möglichst die stofflich verwertbaren Sortimente in die stoffliche Nutzung hineingehen. Dann sollten sie in einem möglichst langen bzw. mehrfachen Nutzungszeitraum genutzt werden, um dann am Ende der Nutzungskette noch energetisch genutzt zu werden. Deswegen würden wir es ausdrücklich begrüßen, wenn solche Größenordnungen dann in eine entsprechend sinnvolle Förderung umgelenkt werden könnten. Beispielsweise durch den Austausch der ineffizienten Brennstellen in den Haushalten. Ich selbst habe auch so einen ineffizienten Ofen und werde das in Kürze ändern. Es macht aber - meines Erachtens - keinen Sinn, dass wieder nur einseitig auf die energetische Nutzung von Holz umgelenkt wird, auch wenn wir dadurch die Effizienz steigern. Aus unserer Sicht wäre eine Kombination sinnvoll. Herr Prof. Weiger sprach schon an, dass man beispielsweise die Gebäudesanierung vorantreiben könnte, in Kombination mit dem Austausch dieser Brennstellen. Holz oder Holzdämmstoffe, die dann in Kombination zu sehen wären, um zunächst einmal die Gebäudeeffizienz zu steigern und um auch den ersten Schritt holzstofflich zu nutzen, und um dann einen möglichst langen Nutzungszeitraum am Gebäude zu verbauen. Die Schweiz ist da einen Schritt weitergegangen, so dass es mittlerweile ein sogenanntes Klimaschutzgesetz gibt, wo erstmals auch Holz und Holzverwendung, in der stofflichen Nutzung verbaut, entsprechend anerkannt wird. Dankeschön.

Der Vorsitzende: Schönen Dank. Es ist sicherlich ein sehr wichtiges Thema und im Moment im Vermittlungsausschuss angesiedelt, wenn es darum geht, wer das mitfinanziert. Man muss ehrlich sagen, dass das ein großes Problem ist. So, jetzt kommen wir zur zweiten Runde. Herrn Gerig und Herrn Dr. Lehmer habe ich hier stehen, danach Frau Crone und Frau Behm. Danach Frau Dr. Happach-Kasan. Herr Gerig, bitte.

Abg. Alois Gerig: Herzlichen Dank an alle Sachverständigen. Ich habe mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass Sie alle unserer Waldstrategie positive Aspekte abgewinnen können. Ein gutes Papier - dass die Intensität des Lobes natürlich unterschiedlich ausfällt, habe ich durchaus erwartet. Ich habe eine Nachfrage an Herrn Kütke. Schaffen wir auch in Zukunft, mit den vorgegebenen Rahmenbedingungen, die Balance zwischen Nachhaltigkeit, Biodiversität, Naturschutz

und - das ist ja legitim - einer Wirtschaftlichkeit? Wo müsste man - wenn Sie einen Wunsch frei hätten - gegebenenfalls nachjustieren.

Der Vorsitzende: Herr Kütke.

Martin Kütke (Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Hessen): Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Frage. In der Tat sind diese Rahmenbedingungen von außerordentlich großer Bedeutung. Wir können diese Balance zwischen Nachhaltigkeit, Biodiversität, Naturschutz und Wirtschaftlichkeit dann schaffen, wenn wir die Forst- und Holzwirtschaft entsprechend unterstützen. Das hat in einem Europa der 27 Mitgliedsstaaten, einer Gemeinsamen Agrarpolitik und vor dem Hintergrund, dass wir auf Bundesebene eine Gemeinschaftsaufgabe-Agrarstruktur-Küstenschutz haben, letztendlich dort Weichenstellungen. Dort werden Rahmenbedingungen geschaffen, welche die Urproduktion als solche, also die Land- und Forstwirtschaft in Europa, in Deutschland und in den einzelnen Bundesländern, stärken. Hier müssen wir - meiner Ansicht nach - ein stärkeres Augenmerk auf die Forstwirtschaft lenken. Der Prozess ist auf europäischer Ebene voranzutreiben - Stichwort: Europäische Waldkonvention. Es gibt den europäischen Forstaktionsplan. Die nationale Waldstrategie 2020 greift das hier auf unserer Ebene auf und die Länder sind gehalten, das in ihren Ländern umzusetzen. Ein ganz wichtiges Thema ist mir der Waldklimafond. Denn der Waldklimafond ist letztendlich darauf gebaut, dass hier Leistungen der deutschen Forstwirtschaft zustande gekommen sind, die der Bundesregierung dazu verhelfen, international die Senkenfunktion ihres Waldes zu dokumentieren. Wir hatten 2008 die Inventurstudie. Die sogenannten Mitigationsbeiträge – Beiträge, welche die deutschen Wälder und die Holzprodukte leisten, um Kohlenstoff zu binden - sind errechnet worden. Sie belaufen sich, alleine nach den Berechnungen, auf 50 Millionen Euro. Die deutsche Forstwirtschaft und auch die Holzwirtschaft werten es als Erfolg, dass gerade im letzten Jahr die Weichenstellung erfolgt ist, um 35 Millionen Euro alljährlich in diesen Fonds einzuspeisen. Der Prozess läuft. Er wird jetzt in ein Förderprogramm gegossen. Und natürlich ist die deutsche Forstwirtschaft sehr darauf bedacht, dass von diesen 35 Millionen auch etwas bei den Waldbesitzern ankommt. Denn wir brauchen unbedingt Hilfen, um regionale Sturmschadenkatastrophen, die uns mittlerweile mit Regelmäßigkeit widerfahren, aufzufangen. Das beste Beispiel war der Sturm Kyrill. Da gelang es auf europäischer Ebene, mit dem sogenannten Europäischen Solidaritäts-Fonds, Hilfen zu bekommen. Allerdings beträgt die Schadensgrenze, um ihn in Anspruch zu nehmen, 3,2 Milliarden Euro. Das wurde 2002 beim Elbebruch erfunden. Wir haben jetzt ein regionales Instrument. Der Waldklimafond wird uns die Möglichkeit schaffen, niedrigere Schadensschwelle regional zu unterstützen. Das heißt, wir brauchen diesen Fond unbedingt, um die Forstwirtschaft in Krisenzeiten zu unterstützen. Nur noch eine Anmerkung: Herr Weiger sprach an, dass wir in der Forstwirtschaft regelmäßig mit Stürmen überzogen werden und die Zwangsnutzungsprozente so hoch sind. Gegen Stürme kann die deutsche Forstwirtschaft nun mal leider nichts machen, weil das letztendlich eine Auswirkung der allgemeinen Klimaveränderungen ist. Wir können uns nur bemühen, die schlimmsten Schäden, die damit verbunden sind, zu bereinigen. Deshalb ist der Klimafond so wichtig.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Frau Crone.

Abg. Petra Crone: Herr Dr. Winkel. Sie sprachen in Ihrer Stellungnahme an, dass Ihnen in der Waldstrategie ein differenziertes Politik- und Managementkonzept fehle. Welche Maßnahmen sind für Sie und für den Staats- und Kommunalwald geeignet, um diesen Widerspruch zwischen Gemeinwohlleistung und Holzernte möglichst gering zu halten und welche Beteiligungsformen sind denkbar? Wie sollte die Öffentlichkeit mit einbezogen werden?

Der Vorsitzende: Herr Dr. Winkel.

Dr. Georg Winkel (Institut für Forst- und Umweltpolitik): Vielen Dank. Dies ist natürlich eine Frage, zu der man viel mehr sagen könnte. Das Problem der Waldstrategie 2020 ist aus meiner Sicht, um das noch einmal herauszustellen, dass es nur ein greifbares und quantifiziertes Ziel gibt. Das ist die Erhöhung des Holzeinschlages. Ansonsten werden viele Lösungsvorschläge unterbreitet, die aber relativ vage bleiben. Die Frage ist dann, was von so einer Strategie tatsächlich in einer Diskussion ankommt und übrig bleibt. Dann zur Frage der Lösungsansätze: Ich denke, im Staats- und Kommunalwald haben wir die Situation, dass auch in Folge der Forstreform, durchaus gewollt, ein starkes ökonomisches Denken eingezogen ist. Man hat auch ökonomische Steuerungsinstrumente stärker eingebaut. Man will, dass die Betriebe sich wie Unternehmen verhalten, die Frage ist aber dann: Was machen solche Unternehmen? Die orientieren sich natürlich an Märkten. Märkte sind in dem Fall Holzmärkte. Die fordern bestimmte Sortimente und waldbauliche Dinge an. Auf der anderen Seite ist der öffentliche Wald - im besonderen Maße - dem Gemeinwohl verpflichtet. Das ist schon mehrfach angeklungen. Dieser Teil ist auch gesetzlich in Anspruch genommen worden. Besonders über „Natur 2000- Gebiete“, auch über Schutzgebiete und dann zum Teil auch auf untergesetzlicher Ebene, über Waldbauregularien usw. Hier gibt es also ein Spannungsfeld. Die Frage ist nun: Was machen die Forstbetriebe tatsächlich und wie gehe ich mit diesem Spannungsfeld um? Hier sind zwei Dinge vielleicht zentral. Das Erste ist, dass man bei den öffentlichen Forstbetrieben versucht - stärker als bisher - auch naturale Ziele oder Ziele, die sich an verschiedenen gesellschaftlichen Anspruchsgruppen orientieren, wie Biodiversitätsziele, wie Anteile alter Wälder, tatsächlich in Zielvereinbarungen festzuschreiben. Budgetzielen müssen kohärent gestaltet werden. Das Zweite ist, dass man viel stärker versuchen sollte, was im internationalen Kontext viel gängiger ist - direkte Beteiligung, zivilgesellschaftlicher Organisationen oder an der Entscheidungsfindung beteiligte Bürger - im Staatswald zu erreichen. Das kann auf verschiedenen politischen Ebenen passieren: Auf der Ebene von Bund und Ländern, über Waldprogramme, über Diskussionsforen, aber auch auf der Ebene der Forstplanung, zum Beispiel bei der zehnjährigen Forsteinrichtung. Das Betriebe da - viel stärker als bisher - transparent machen, was haben sie für Maßnahmen in den Wäldern vorgesehen. Wie wirkt sich das auf wesentliche Themenfelder wie Klimawandel, Biodiversität, Erholung und Holznutzung aus. Hier kann man möglicherweise verschiedene Varianten unterbreiten und dies dann in partizipativen Prozessen, mit den verschiedenen Interessengruppen, diskutieren. Das muss nicht heißen, dass die Betriebe die Entscheidung abgeben. Aber sie werden dann viel stärker in einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess eingebunden als das jetzt der Fall ist. Es wäre die Möglichkeit,

das Misstrauen - welches sehr bestimmend in der Waldpolitik ist - abzubauen. Es wäre auch die Möglichkeit, den Betrieben neue Legitimität in ihrem Handeln zu geben. Ich möchte zum Beispiel auf die USA verweisen - da habe ich letztes Jahr einen Forschungsaufenthalt gehabt - wo sie einfache Eingaberechte der Bürger haben. Die waren ganz erstaunt, als ich Ihnen erzählt habe, dass es das - in der Form - in Deutschland, im öffentlichen Wald, nicht gibt. Danke.

Der Vorsitzende: So ist es. Frau Dr. Happach-Kasan.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan: Vielen Dank. Meine Frage richtet sich an Herrn zu Guttenberg. Herr Jacobs hat in der ersten Runde sehr gut begründet, warum wir eigentlich eine Kompromissbereitschaft von allen Seiten brauchen. Ich meine, angesichts der Wertschätzung, die Wälder bei unserer Bevölkerung haben, ist Streit um Wald eigentlich das Letzte, was wir brauchen. Deswegen an Sie die Frage: Wo könnte beim Nutzungsverzicht für Sie eine gangbare Linie liegen, um Nutzungsverzicht im Wald zu erreichen? Gerade mit dem Hinblick, dass Privatwaldbesitzer, in gewisser Weise, natürlich auch auf Einnahmen angewiesen sind.

Der Vorsitzende: Ja, bitte Herr Freiherr zu Guttenberg.

Philipp Freiherr zu Guttenberg (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e. V.): Herzlichen Dank. Vielleicht darf ich mich daran anschließen, was Herr Dr. Winkel gesagt hat. Ich glaube, dass wir sehr wohl zu einem öffentlichen Abwägungsprozess kommen und die Frage stellen müssen, was unsere Gesellschaft will. Will sie eine regelmäßige Versorgung mit nachwachsenden Produkten, mit nachwachsenden Rohstoffen, oder will sie, dass wir der Natur das abringen, was sie zufällig hervorbringt. Ich glaube, dass wir an dieser Stelle sehr wohl und deutlich kommunizieren müssen, auch wenn sie die Stilllegung ansprechen. Ob eine Erweiterung des Habitat für xylobionte Käfer dafür steht, tausende von Arbeitsplätzen zu gefährden, dass man die Produktion verlagert, dass man den ländlichen Raum schwächt, und, und, und. Ich glaube, wir müssen diese Themen ganz deutlich benennen und auch in der Öffentlichkeit kommunizieren. Wenn die Öffentlichkeit dafür ist, haben wir überhaupt nichts dagegen. Wir stellen natürlich dann, an letzter Stelle, auch die Frage nach dem Ausgleich für Gemeinwohlleistungen. Bei Gemeinwohlleistungen -das darf ich an dieser Stelle auch sagen - gehört für mich auch die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Sicherung des ländlichen Raumes, die Nutzung des wirtschaftlichen Potentials und, und, und. Also, Gemeinwohlleistungen kann man nicht nur in eine ganz bestimmte Ecke drängen. Vielleicht noch ein letzter Satz: Wir müssen auch – da fassen wir uns an die eigene Nase - deutlicher kommunizieren, was wir bereits geschafft haben. Stichwort: Waldumbau - wir haben, laut Waldbericht der Bundesregierung, mittlerweile, bereits einen Laubholzanteil von 71 % in der Jungbestockung. Das heißt, wir werden in Zukunft mit Volldampf an den Bedürfnissen der Gesellschaft vorbeiproduzieren. Wollen wir das oder wollen wir das nicht? Alle diese Fragen - glaube ich, und deshalb sind wir auch sehr dankbar für diese Diskussion heute - müssen wir in der Öffentlichkeit diskutieren. Dann müssen wir auch zu einem Abwägungsprozess, mit einem Kassensturz bei den öffentlichen Mittel, kommen, bevor man weitere Forderungen stellt. Danke sehr.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Frau Dr. Tackmann

Abg. Dr. Kirsten Tackmann: Vielen Dank. Die Effizienz der Holznutzung hat vorhin schon einmal eine Rolle gespielt. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt. Auch Dr. Winkel hat einiges zur Kaskadennutzung ausgeführt. Die Frage ist: Muss da mehr gefördert werden? Oder müssen wir ordnungspolitisch ran? Müssen wir also gesetzliche Regelungen treffen, damit diese Kaskadennutzung auch durchgesetzt wird? Im Moment läuft das, mehr oder weniger, auf freiwilliger Basis - oder wenn man da Einsicht hat. Die Frage geht an Dr. Winkel.

Der Vorsitzende: Herr Dr. Winkel, Sie sind gefordert. Aber die Frage war noch nicht beendet, oder?

Abg. Dr. Kirsten Tackmann: Im Prinzip schon. Müssen wir ordnungspolitisch eingreifen, brauchen wir gesetzliche Regelungen, die die Kaskadennutzung erzwingen? Wie könnte das möglicherweise aussehen? Kann man das über Anreizsysteme erreichen?

Dr. Georg Winkel (Institut für Forst- und Umweltpolitik): Erst einmal muss man sich anschauen, wie die Kaskadennutzung heute funktioniert. Der Holzmarkt ist ein Markt, der – wie alle Märkte - natürlich in vielerlei Hinsicht bestimmten Anreizsystemen unterliegt. Es gibt Förderungen im Bereich der erneuerbaren Energien. Beispielsweise gibt es Förderungen für die Neuansiedlungen von Holzbetrieben. Die verzerren sicherlich auch den Markt - denn wenn ich ein großes Sägewerk fördere, weil ich Arbeitsplätze haben will, habe ich wiederum eine Veränderung des Marktes. Das heißt, es ist recht kompliziert, sich anzuschauen, wie dieser Holzmarkt durch verschiedene Einflüsse gesteuert wird. Das ist das eine. Aber es ist ein Markt. Das heißt, man kann ein Stück weit davon ausgehen, dass die Nachfrage nach dem Holz über Preise, Angebot und Menge, über diesen Markt geregelt wird. Die Kaskadennutzung erfreut sich von unterschiedlicher Seite, also von Seiten wirtschaftlicher Interessen als auch von Seiten des Naturschutzes und der Umweltverbände, einer großen Beliebtheit. Das fand ich auch bei der Durchsicht der Stellungnahmen ganz interessant. Die Kaskadennutzung bietet sicherlich Vorteile im Bereich der Holzverwendung und bei der Holzeffizienz. Um dieses Modell stärker zu etablieren, könnte man Anreizsysteme setzen, man könnte in diesen Markt wieder eingreifen oder Eingriffe, die bestehen, in Bereichen zurücknehmen. Ich würde das, wenn man das machen will, auf der Basis einer vorsichtigen Evaluation dessen machen, wie jetzt, aktuell, der Holzmarkt gesteuert und beeinflusst wird. Eine solche Evaluation, die umfassend darstellt, wo öffentliche Fördergelder einfließen und wo welcher Anreiz gesetzt wird, liegt meines Wissens nicht unbedingt vor. Also muss man sich klarmachen, dass, wenn die Kaskadennutzung mehr sein soll als eine Hülle, mit der man immer wieder auftritt und sagt: Das brauchen wir, dann bräuchte man Steuerungsinstrumente. Das kann über finanzielle Anreize funktionieren, aber auch über Präferenzen. Man kann gesetzlich reinschreiben, dass Holz vor allem für den und den Zweck zur Verfügung zu stellen ist. Das wäre schon eine deutliche Veränderung gegenüber dem, wie die Holzmärkte aktuell funktionieren, und bräuchte eine entsprechende Rechtfertigung. Letztes Wort: Man müsste sich genau die Interessenslage der Beteiligten anschauen.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Frau Behm.

Abg. Cornelia Behm: Vielen Dank, Herr Schmidt. Nochmal zur Diskussion um das Nadelholz. Sie haben ,dankenswerter Weise, jetzt in Ihrer mündlichen Stellungnahme, im Gegensatz zu Ihrer schriftlichen, doch darauf hingewiesen, dass es als Ersatz für die Fichte durchaus auch einheimische Baumarten gibt - unter anderem die Weißtanne. Nun frage ich Sie: Fragt die Säge- und Holzindustrie die Weißtanne nach? Oder hält sie es mit Herrn Klenk, der sagt, Weißtanne stinkt, die geht nicht an den Markt. Was tut die Säge- und Holzindustrie für eine verstärkte Nutzung von Laubholz – also nicht nur in Bezug auf mehr Nadelholzsubstitute für die Fichte? Ich gehe da mit Herrn Winkel konform. Die Industrie muss sich umstellen, wenn das Rohholz nicht mehr in dem Maße vorhanden ist, wie es bisher bekannt war. Ich muss jetzt Herrn Kütke noch fragen, wie der....

Der Vorsitzende: Nein, jetzt bitte nicht, weil der Kollege Dr. Lehmer auch noch das Recht auf eine Frage hat. Herr Schmidt, ich bitte um Ihre Antworten.

Lars Schmidt (Bundesverband Säge- und Holzindustrie Deutschland e. V.): Wir hatten schon mehrfach gehört, dass sich die Industrie sowohl an die rohstoffseitige als auch an die marktseitige Nachfrage oder an das rohstoffseitige Angebot sowie die marktseitige Nachfrage anpasst. Sowohl die Weißtanne als auch die Kiefer hat dort, wo sie regional vorkommt, eine sehr hohe Bedeutung. Die Tanne in Süddeutschland beispielsweise, wo sie auch in den Betrieben ganz gezielt zum Einsatz gebracht wird, und wo sie auch mittlerweile im konstruktiven Bereich mit der Fichte gleichgesetzt wird. Sie wird beispielsweise im Brettschichtholz gemeinsam mit der Fichte eingesetzt. Die Tanne, die Weißtanne im speziellen, hat schlicht ein Problem in dem Produktionsablauf. Sie ist deutlich komplizierter im Trocknungsprozess. Man hat einen deutlich verlängerten Trocknungsprozess und den sogenannten – Sie sprachen es an – Nasskern. Das, was Hr. Klink vielleicht ein bisschen flapsig gebracht hat, ist tatsächlich ein Problem. Insbesondere bei der Weißtanne, aber auch vor allem bei der Küstentanne. Dieser nasse Kern verursacht einen Geruch, sodass diese Tannen stinken. Wenn die Tanne in einem speziellen, größeren Angebot da ist, können die Betriebe natürlich damit umgehen, weil sie ihre Produktionsabläufe entsprechend darauf ausrichten können. Problematisch ist es nur dann, wenn ich nur ein kleines Tannenangebot, regional, zur Verfügung habe. Dann muss man getrennte Produktionsabläufe fahren, insbesondere bei der Trocknung. Kleine Tannenanteile müssen, gesondert zur Fichte, mit produziert werden. Das ist ein Problem bezüglich der Kombination der beiden Holzarten. Aber dort, wo sie regionales Vorkommen haben, auch Kiefer, ist es durchaus einsetzbar. Weitere Frage: Was tut die Holzindustrie in Bezug auf das Laubholz? Da gibt es mittlerweile einiges an Forschungen, um zu versuchen, Laubholz verstärkt in den neueren, innovativen Bereichen, also konstruktiv, einzusetzen. Es gibt ein neues, sehr hoffnungsvolles Verfahren bezüglich des Brettschichtholzes. Die Firma Pollmeier möchte ein Funierschichtholz produzieren. Ähnlich wie sie es vom Sperrholz können, produzieren sie entsprechende Leimbinder, die mit einer deutlich höheren Tragkraft auskommen, bei einem reduzierten Querschnitt. Zu nennen ist das Thermoholz - ich kann mich erinnern, dass wir einmal gemeinsam so eine Produktionsstätte

besichtigt haben - wir haben große Hoffnung, dass sich Thermoholz gegen beispielsweise Tropenhölzer durchsetzt - auch mit Blick auf den Einsatz von Chemie, um Holz dauerhaft zu machen. Nicht nur im Außenbereich, sondern beispielsweise auch bei der Produktion von Fensterkanten. Da haben wir große Hoffnung, dass sich das Thermoholz etablieren wird. Bei aller Euphorie für diese neuen Einsatzbereiche sollten wir aber nicht die traditionellen Anwendungsbereiche von Massivholz vernachlässigen. Wir selbst sitzen hier an einem furnierten Tisch, der aussieht wie Massiv, das nur dazu.

Der Vorsitzende: Herr Kollege Dr. Lehmer.

Abg. Dr. Max Lehmer: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, dass ich noch die Chance habe, meine Frage zu stellen. Ich danke auch für die Statements. Die zentrale Frage, die ich jetzt ansprechen will, ist die, die sich wie ein roter Faden durch alle Statements durchzieht. Nämlich: Wie lösen wir den Zielkonflikt zwischen ökologischer Leistungsfähigkeit des Waldes und der Waldnutzung? Da will ich wirklich klarstellen, dass es keine materielle Konkurrenzdiskussion sein kann, da alles gemeinwohldienliche Faktoren und Zielsetzungen sind: die Leistungsfähigkeit, die ökologische Nutzung und die Waldnutzung. Meine Frage soll möglicherweise zur Versachlichung weiterführen. Gibt es wissenschaftliche Ansätze oder Erkenntnisse, die zwischen Nutzungsintensität, Nutzungsformeln und Kriterien der Biodiversität der ökologischen Leistung unterscheiden? Bekommt man Hinweise, wo denn der Zusammenhang zwischen Nutzung und ökologischer Zielsetzung am Besten erfüllt werden kann? Gibt es solche Erkenntnisse?

Philipp Freiherr zu Guttenberg (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e. V.):

Vielen Dank. Ich versuche, es jetzt ganz kurz zu machen. Ja, diese Erkenntnisse gibt es. Es stellt sich aber allerdings immer die Frage nach den Anforderungen, die auch die Gesellschaft an einen stellt. Das Konzept heißt seit 300 Jahren: Die multifunktionale, nachhaltige Forstwirtschaft. Hier können wir tatsächlich die drei Säulen gleichermaßen bedienen. Hier müssen wir diese auch bedienen. Und mir ist momentan ein effektiveres und effizienteres Konzept nicht bekannt. Ich glaube, unsere Gesellschaft wäre gut beraten, dieses Konzept der Nachhaltigkeit auch als gesellschaftspolitisches Leitbild weiter voranzutragen. Insbesondere, wenn sie keine Alternative vorzeigen kann. Und eine solche ist uns weder im Wald noch auf internationalem Standard bekannt.

Der Vorsitzende: Herr Küthe.

Martin Küthe (Deutscher Forstwirtschaftsrat e. V.): Ich möchte mich kurz fassen. Solche Untersuchungen gibt es, genaue Untersuchungen, in denen die Biodiversität des Waldes und letztendlich die Nutzung des Waldes genauer untersucht werden. So zum Beispiel von der Nordwestdeutschen forstlichen Versuchsanstalt. Dort arbeitet ein Kollege, Herr Meier, an solchen Themen. Solche Themen werden auch im Forschungsverbund in Süddeutschland, zum Beispiel bei der Forstlichen Versuchsanstalt in Freiburg, bearbeitet. Zugleich hat Herr Schmidt in seinen Ausführungen Bezug auf Untersuchungen vom Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI) genommen.

Wie gesagt, derartige Untersuchungen gibt es. Wir in Hessen begleiten das zum Beispiel seit 20 Jahren mit einem Naturwaldreservate- Programm. Da gibt es sehr dezidierte und interessante Untersuchungen, zum Beispiel auch Vergleiche zwischen bewirtschafteten und unbewirtschafteten Wäldern.

Der Vorsitzende: Frau Behm, bitte ganz kurz, wenn es geht.

Abg. Cornelia Behm: Herr Kütke meinte, dass wir die Waldfläche in den nächsten 50 Jahren um eine Million Hektar ausweiten können. Ich wollte wissen, wo Sie die Fläche hernehmen wollen? Soll das zu Lasten der Agrarflächen gehen oder haben Sie andere Flächen im Auge?

Martin Kütke (Deutscher Forstwirtschaftsrat e. V.): Vielen Dank, Frau Behm. Im Grunde genommen ist diese These darauf gegründet, dass wir eine Entwicklung von 40 Jahren hinter uns haben. Die Zahl fiel vorhin. Von 1970 bis jetzt hat sich die Waldfläche exakt um eine Million Hektar erweitert. Wir haben in Deutschland rund 11 Millionen Hektar Wald. Wir liegen durchschnittlich bei einem Bewaldungsprozent von ca. einem Drittel. Ich komme aus dem Bundesland Hessen mit 42 % Waldflächenanteil, und dort ist die Welt noch im Reinen. Wir haben sehr schöne ländliche Regionen. Das heißt, letztendlich wird diese Fläche sicherlich auch zum Teil aus der Landwirtschaft kommen müssen. Aus den Regionen, in denen es in der gemeinsamen Agrarpolitik, auf EU- Ebene, Sinn macht, ein Stück weit umzusteuern. Wenn Sie sich anschauen, dass wir vom EU- Haushalt von 142 Milliarden 50 Milliarden einsetzen, um letztendlich ländliche Entwicklung zu steuern, dann müssen wir uns auch fragen, wie dort in den ländlichen Entwicklungen die Dinge laufen müssen - auch im Verhältnis zwischen Agrarproduktion und Forstproduktion.

Der Vorsitzende: Danke, Hr. Kütke. Es gibt viele Regionen in Deutschland, auch das Emsland. Wir pflanzen im Moment 330.000 Bäume - für jeden Einwohner einen. Insofern sind wir, gemeinsam, auf einem guten Weg. Herzlichen Dank für Ihre sehr klugen und guten Beiträge. Herzlichen Dank für Ihr Engagement in der Sache. Kommen Sie gut wieder an Ihre jeweiligen Arbeitsorte. Wir werden jetzt zügig hier den Raum verlassen, weil wir um 10:15 Uhr im Paul-Löbe-Haus, Saal 4.700, mit der nächsten Ausschusssitzung beginnen. Dankeschön.

Schluss der Sitzung: 10:04:57 Uhr

Hans-Michael Goldmann, MdB
Vorsitzender